

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
Bieteljähr 3.30 Mk. monatlich 1.10 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
je Zeile oder deren Raum 50 Pfg.

Ercheint täglich.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 2. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Hefige Kämpfe in der Champagne und in Ost-Galizien.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. März. (W. L. B.) Amtlicher Bericht
von Sonntag 8 Uhr nachmittags. Bei Dixmuiden zer-
störte die belgische Artillerie zwei Schanzwerke.

Paris, 1. März. (W. L. B.) Amtlich wurde gestern
abend um 11 Uhr bekanntgegeben: In Beaucourt bei
Albert wurde ein deutscher Angriff durch unser Feuer

Austausch von schwerverwundeten Kriegs-
gefangenen.

Berlin, 1. März. (W. L. B.) Der Austausch der schwer-
verwundeten, zu jedem militärischen Dienst unfähigen deutschen und
französischen Kriegsgefangenen wird vom 2. März ab erfolgen.

Ein französischer Deputierter im Flugzeug
verunglückt.

Paris, 28. Februar. (W. L. B.) Der „Temps“ meldet:
Während eines Erkundungsfluges, den der Deputierte
Hauptmann Girod, der Leiter des Luftschiffahrts-

Zwei verunglückte Flieger.

Von der holländischen Grenze, 1. März. (Z. U.) Ein Neuter-
Telegramm meldet unterm 27. Februar: Zwei Flieger sind durch
ein englisches Fischerboot in der Nordsee ausgenommen und nach
Londondorf gebracht worden.

Der Seekrieg.

Vom deutschen Unterseebootkrieg.

Paris, 28. Februar. (W. L. B.) Wie der „Temps“ aus Havre
meldet, soll der englische Dampfer „Garpalion“, welcher
im Kermellanal von einem deutschen Unterseeboot angeschossen

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
1. März 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Werdicq (nördlich Lille) wurde ein eng-
lisches Flugzeug durch unsere Beschießung zum
Landen gezwungen. An einer Stelle unserer
Front verwendeten die Franzosen, wie schon

Unsere Stellungen in der Champagne wurden
gestern mehrfach von mindestens zwei Armeekorps
angegriffen; die Vorstöße wurden nach
heftigen Nahkämpfen restlos abgeschlagen.

In den Argonnen erbeuteten wir zwei Minen-
werfer.

Zwischen Ostrand der Argonnen und Van-
quois setzten die Franzosen gestern fünf mal zu
einem Durchbruchversuch an; die Angriffe schei-
terten unter schweren Verlusten des Feindes.

Die östlich Badonviller von uns genommenen
Stellungen wurden auch gestern gegen feindliche
Wiedereroberungsversuche gehalten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Angriffe nördlich Lomza und nord-
westlich Ostrolenka wurden abgewiesen.

Sonst nichts Wesentliches.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 1. März. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: Wien, 1. März 1915, mittags.

Erfolgreiche Kämpfe im westlichen Abschnitt der
Karpatenfront brachten mehrere russische Vorstellun-
gen in unseren Besitz. Neunzehn Offiziere, zweitausend Mann
wurden hierbei gefangen genommen, viel Kriegsmaterial er-
beutet.

Im Raume südlich des Dnjepr sind nach Eintreffen
russischer Verstärkungen erbitterte Kämpfe im Gange. Alle
feindlichen Angriffe, die auf unsere Stellungen ver sucht
wurden, scheiterten unter den schwersten Verlusten des
Gegners.

In Polen und Westgalizien fanden auch gestern
nur Gefechtskämpfe statt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Ablehnung des amerikanischen Vorschlags
durch England und Frankreich.

Paris, 1. März. (W. L. B.) Die Presse erklärt, Wilsons
Vorschlag bezüglich des Handelskrieges könne von
England nicht angenommen werden. Selbst Wilson werde dies
nicht anders erwartet haben, denn er wisse, daß die Verbündeten die
Blockade Deutschlands noch verschärfen müßten, um das Ende des
Krieges zu beschleunigen.

Der „Temps“ erklärt, Deutschland und Oesterreich-Ungarn
seien ein ungeheures besetztes Lager. Die Belagerer brauchen
keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung zu nehmen, das Ziel der
Belagerung Deutschlands sei eben die Kapitulation. Keine Inter-
vention könne die Maßnahmen aufhalten, welche getroffen würden,
um die Blockade zu verschärfen und die deutsche Seeräuberei zu be-
antworten, keine Erwägung könne die Verbündeten veranlassen, die
gefehligen Waffen niederzulegen, über die sie verfügten, um die
Unterwerfung ihrer Gegner zu beschleunigen.

„Welt Journal“ schreibt: Die Zentralmächte, welche den
Krieg entfesselt haben, wollen ihn verlängern, indem sie die Ver-
bündeten zu zwingen suchen, ihnen Lebensmittel und Kampfmittel
zu liefern. Dagegen wollen die Verbündeten den Gegner vernichten
und den Krieg beenden, indem sie dem Gegner die Zufuhr von
Kampfmitteln und Lebensmitteln absperren. Ob man da nur
fragen können, auf welcher Seite das öffentliche Interesse und das
Recht liege.

Die Kartoffelversorgung.

Trotzdem die Kartoffelhöchstpreise für die Produzenten
erhöht und für den Kleinhandel in Groß-Berlin völlig auf-
gehoben worden sind, hält die Knappheit auf den Kartoffel-
märkten an. Das gilt nicht nur für Groß-Berlin, sondern
auch im Reich sind vielfach (z. B. in Thüringen) Kartoffeln
zurzeit nicht zu haben.

Wenn weiter eingewandt wird, die Landwirte könnten
wegen der Frostgefahr zurzeit nicht die Kartoffelmieten öffnen,
so ist dem entgegen zu halten: weshalb tritt denn in Friedens-
jahren keine Knappheit im Februar und März ein? Die
Landwirte und Händler wollen nicht ihre Vorräte abgeben,
weil sie auf noch höhere Preise warten. So wird von einem
Großhändler berichtet, daß er fast 1 1/2 Millionen Zentner zum
Preis von 2,50 Mk. angekauft habe, jetzt aber nicht unter
3,75 Mk. verkaufen wolle. Gewiß, die kleinen Händler haben
selbst keine oder nur geringe Vorräte. Aber die Großhändler
und Landwirte halten ihre Bestände absichtlich fest.

Wenn die Kartoffelnot in Berlin schließlich damit be-
gründet wird, daß im Westen keine oder höhere Kleinhandels-
preise gezahlt werden und die Transporte daher nach dem
Westen gehen: weshalb entscheidet man sich dann nicht zu einer
einheitlichen Regelung der Handelspreise für das
ganze Reich? Wie man auch der Frage nachgeben mag,
immer zeigen sich als Ursache für die jetzige Not die Veräüm-
nisse der Regierung, die vor einschneidenden, aber not-
wendigen Maßnahmen zurücksteht.

Gegen die geforderte Beschlagnahme der Kar-
toffelvorräte ist von der Regierung eingewandt worden,
daß eine Lagerung in großen Mengen technisch nicht durch-
führbar sei. Soweit die leichter verderblichen Futterkartoffeln
in Frage kommen, mag das zutreffen. Für gut sortierte
Speisekartoffeln bestehen aber diese Schwierigkeiten in viel
geringerem Maße. Auch ließe sich wohl eine Organisation
schaffen, bei der die Produzenten und Händler mit an der
sorgfältigen Aufbewahrung und Lagerung interessiert wür-
den. Wie wenig aber die Regierung dieses Ziel ernstlich ins
Auge faßt, geht schon daraus hervor, daß sie selbst von ihrem
Recht der Enteignung in Einzelfällen so gut wie gar nicht
Gebrauch macht. Die Gemeinden sollten ver-
pflichtet werden, bei eintretendem Mangel auf den Märkten
Vorräte bei Händlern und Produzenten in Beschlag zu
legen. Die bloße Androhung nützt bekanntlich bei den Inter-
essenten nichts, wenn nicht die Tat dahinter steht.

Das einzige, wozu sich die Regierung neuerdings hat ent-
schließen können, ist die Vorbereitung einer statistischen
Aufnahme — jetzt nach 7 Kriegsmonaten! So zweckmäßig
diese Bestandsaufnahme auch ist, von der Notwendigkeit der
Beschlagnahme und niedriger Höchstpreise befreit sie indessen
nicht.

In der „Welt am Montag“ wird an der Rede des Land-
wirtschaftsministers von Schorlemer, die er im Abgeordnetenhaus
über die Kartoffelfrage hielt, scharfe Kritik geübt:

„Der Minister „glaubt“, daß wir mit den Kartoffeln aus-
kommen, wenn wir richtig haushalten. Alles spricht dafür,
daß noch größere Vorräte vorhanden sind. Außerdem geschieht ja
alles, um den Frühkartoffelanbau zu fördern.“

Das sind Stellen aus des Ministers Rede, mit denen das Pro-
blem abgetan wird, ob wir Ende Mai und Juni noch Kartoffeln
haben werden, die ernste und wichtigste aller Fragen, die es jetzt
für Deutschland gibt! Wie kann ein Staatsminister so mit einer
Frage umgehen, an der Krieg und Sieg und das ganze Deutsche
Reich hängen!

Erinnert das nicht an den französischen Minister Ollivier, der
1870 vor der Kammer sich selbst bezeugte, daß er die Verantwortung
für den Krieg „leichten Herzens“ trage, und der seitdem als der
Mann mit dem leichten Herzen „berühmt“ ist?

In diesem Augenblick und in diesen Dingen soll und darf es
kein „Glauben“ und „Es spricht alles dafür“ geben, sondern Sicher-
heit! Es sollen und müssen im Mai und Juni soviel Kar-
toffeln zu erschwinglichen Preisen im Lande sein, daß alle Men-
schen leben können! Es soll und muß so fort und ohne Vorunter-
suchung und anderen Faselzungen an alle Landräte telegraphiert
werden, daß soviel Zentner Kartoffeln mit Beschlag belegt werden,
wie nötig sind, um die Ernährung der Menschen im Mai und
Juni zu sichern! Die erforderliche Menge muß umgelegt werden
nach den Produktionsgebieten, ihrer Ernte und ihrem eigenen Be-

darf! Und wenn dann für die Schweine nicht genug bleibt, müssen diese geschlachtet werden, auf Staatskosten selbstverständlich, zu 60 Mk. der Zentner. Selbst die Schweinezucht (die übrigens nicht zu leiden braucht) ist nicht so wichtig wie Krieg und Sieg.

Diese Logik ist so selbstverständlich, alles, was der Minister ihr gegenüber gesagt hat, so unwesentlich, daß man es schroff beiseite schieben muß.

Der Minister würdigt offenbar den kategorischen Imperativ des Krieges doch nicht so wie wir Plebejer und Demokraten!

Wollen unsere Minister und der verantwortliche Reichskanzler einmal sich selber sagen, was ihnen und uns passieren wird, wenn das leichtfertige „Ich glaube“ und „Es spricht alles dafür“ im Mai und Juni nicht stimmen sollten?

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu diesen Ausführungen:

„Stichhaltiges wird gegen diese Ausführungen kaum vorzubringen sein. Wenn von jeder Hausfrau verlangt wird, daß sie dem „Grüße der Zeit“ Rechnung trage, muß man eine gleiche Behandlung ernstlicher Probleme auch von der Regierung fordern.“

Auch der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hält nicht mit seiner Kritik der augenblicklichen Zustände auf dem Berliner Kartoffelmarkt zurück:

„Wenn betont wird, es sei unter allen Umständen besser, man könne teuer kaufen, als gar nicht, so ist das in sich gewiß richtig, aber nirgends so wenig angebracht, wie gerade bei der Kartoffel. Denn sie ist so recht eigentlich das Nahrungsmittel derer, die wenig besitzen. Je geringer das Einkommen, desto größer wird verhältnismäßig der Verbrauch von Kartoffeln.“

Daher hat sich weiterer Kreise eine arge Misstimung, ja Erregung bemächtigt, die unliebsame Folgen zeitigen kann. Gerade in diesen Tagen ist mit Recht an die Frauen die Mahnung ergangen, sie sollten ihren Männern im Felde nicht mit der Erzählung von ihren häuslichen Sorgen die Lanne verderben, aber das wird für sie um so schwerer, je mehr sie selbst in Unruhe geraten. Noch gefährlicher freilich wäre es, wenn die Befürchtung Platz greifen sollte, daß die Kartoffeln nicht nur vorübergehend an einzelnen Orten, sondern überhaupt knapp seien. Denn auf der Voraussetzung, daß wir mit dieser Frucht reichlich versehen sind, beruht doch die Zuversicht, daß wir bei der durch den Krieg gebotenen Einschränkung aller Genüsse, keine Not leiden werden.“

Es siehe der Regierung zutrauen, daß sie den Zweifel habe mit Befriedigung ausstreuen wollen, wenn sie ohne diese Voraussetzung zur Streckung des Getreidemehls durch Kartoffeln und Kartoffelpräparate geschritten wäre.

Deshalb ist es jetzt an der Regierung, dafür zu sorgen, daß sich ihre Sicherheit nicht begründete Ueberzeugung allen Schichten der Bevölkerung mitteile. Es muß unbedingt etwas geschehen, damit überallhin ausreichende Vorräte geschaffen werden, die zu erträglichen Preisen zu erstehen sind.“

Oestlicher Kriegsschauplatz.

General Pau in Petersburg.

Petersburg, 1. März. (B. Z. V.) General Pau ist hier angekommen. Er wurde auf dem Bahnhof von einem zahlreichen Publikum begeistert begrüßt.

Die deutschen Truppen in den Karpathen.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Seit etwa drei Wochen operiert eine deutsche Heeresgruppe in unmittelbarer strategischer und taktischer Anlehnung an die österreichisch-ungarische Armee in den Karpathen. Das Gelände der erbitterten Kämpfe liegt in der allgemeinen Linie Delatyn—Tucholka—Niczera Schilfa—Berezitca und nordwestlich.

In Eis und Schnee, in Geröll und Schlamm ringen hier deutsche und österreichisch-ungarische Truppen um die teilweise noch von den Russen besetzten Köpfe. Hier, in den Karpathen, wird die Entscheidung angestrebt, die den Feind zurückdrängen soll in die Ebenen Galiziens.

Die Entwicklung der Operationen verleiht augenblicklich noch eine Beschreibung der bisherigen schweren Kämpfe. Soviel kann aber bereits heute gesagt werden: Deutschland darf stolz sein auf seine Söhne, die in den Karpathen unter unerhört schwierigen Verhältnissen, im Schnee und in der Eiskälte des Hochgebirgs, ihren harten Dienst erfüllen.

Im Schnee ausgehoben sind die Schützengräben und die Feuerstellungen der Artillerie. Ueber glatte Schneeflächen, über steile Hänge führen die Angriffe. Schneebedeckte, enge und gewundene Pässe müssen gestürmt oder im feindlichen Feuer überwunden werden. Die Gefechte sind überaus heftig. Es liegt in der Natur des Gebirgskrieges, daß die Angriffe häufig nur frontal durchgeführt werden können. Umfassungsbewegungen erfordern im Hochgebirge unendliche Zeit, die der Gegner ausnützt, um der Umfassung eine neue starke Front auf den die Nebentäler beherrschenden Höhen entgegenzusetzen. So mußte häufig in beständigem Frontalkampf der Feind niedergebungen und auf rückwärtige Stellungen zurückgedrängt werden.

Mit überraschender Schnelligkeit haben sich unsere Truppen an die schwierigen Verhältnisse des Gebirgskrieges gewöhnt. Führer und Truppen haben sich den neuen Bedingungen des Kampfes im Hochgebirge angepaßt. Die mangelnden Querverbindungen zwischen den einzelnen Passstrahlen ist durch ein ausgiebigeres Netz von Drahtleitungen ersetzt worden. Auf Schneeschuhen gleiten ganze Kampagnen oder einzelne Patrouillen die Hänge entlang. In Baracken bivouacieren die Truppen, denen mangelhafte und wenig zahlreiche Ortschaften im Gebirge keine ausreichende Unterkunft gewähren.

Unter militärischer Aufsicht arbeiten starke Kolonnen von Landeseinwohnern an notdürftiger Ausbesserung der Wege und Passstrahlen; eine fast vergebliche Arbeit, wenn die Mittagssonne die ausgefahrenen Gleise und tiefen Wagenspuren in Schneeflanen und tiefe Wasserlöcher verwandelt.

In langem Anstiege oder in zahlreichen steilen Kurven ringen sich die Wege zu den Passhöhen (über 1000 Meter) hinan. Zierliche Schäfte, wenige schwarze aus der Schneedecke ragende Trümmer und Ruineereste bezeichnen die Stellen ehemaliger Gebirgsdörfer. Für die aus der Feuerlinie in die Feldlagerecke abgehobenen Verbände und für die Kolonnen und Trains sind an Teilstrecken der endlosen Passstrahlen behelfsmäßig Gefrischungsstationen in Baracken errichtet worden.

Unter denkbar schwierigsten Verhältnissen vollziehen sich die Kolonnenbewegungen hinter der Front: eine Riesearbeit, zu deren Bewältigung nur eisernes Pflichtbewußtsein fähig ist. Hier im Hochgebirge leisten die Kolonnen mit ihren erschöpften Pferden in Eis und Schnee Taten, die in den eindrucksvolleren, entfangenen Beständen.

In endlosem Zuge arbeitet sich hier mit Pferde- und Menschentrakt eine Munitionskolonne auf Schritten zur Passhöhe hinauf. Die schwerfälligen Fahrzeuge einer geleiteten Befruchtungskolonne begegnen ihr auf ihrem Marsch talabwärts. Schwere Beemörschke verhindern nur mit Mühe das Abgleiten der Wagen auf den schmalen glatten Serpentin des Wegs. Kraftwagen der höheren Befehlshaber trecken mühsam bergauf und winden sich zwischen den Fahrzeugen hindurch. Hier hilft ein Trupp zurückgeführter russischer Gefangener einen an stieltem Abwurf im Schnee gefahrenen Kraftwagen befreien. Am schmalen Winterhimmel leuchten ratternd zwei Flugzeuge von der Erkundung der zuffischen Stellungen zurück. Die abgeworfenen Photographien zeigen deutlich erkennbar die feindlichen Schützengräben und Truppenansammlungen auf der abgebildeten Schneefläche als schwarze Linien und Rechtecke.

Ein eiserner Wille nur scheint hier auf diesen verdorrten Gebirgsstrahlen zu herrschen; den drohen kämpfenden Kameraden unter allen Umständen Munition und Verpflegung heranzuführen.

Der Begriff des „Hindernisses“ hat in den Karpathen seine Bedeutung verloren.

Schwere Kämpfe haben unsere Truppen in den Karpathen hinter sich; harte Kämpfe auf den Passhöhen sind augenblicklich in der Entwicklung, härtere stehen vielleicht noch bevor. Die deutschen Karpathentruppen aber werden in ihren Leistungen nicht zurückbleiben hinter den Kameraden, die von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze, die von Gumbinnen bis Südpolen kämpften. Dafür birgt der Geist der Leute, den die Schwierigkeiten des winterlichen Hochgebirges nicht erschrecken.

Der Krieg und die Kolonien.

Der Gouverneur von Deutsch-Neuguinea auf der Heimreise.

Die „Koln. Korresp.“ schreibt:

Nach einem Telegramm des „San Francisco Chronicle“ ist der stellvertretende Gouverneur von Deutsch-Neuguinea Geheimrat Oberregierungsrat Haber auf dem amerikanischen Dampfer „Sonoma“ am 20. Januar in Honolulu eingetroffen. Mit ihm sind 80 deutsche Kolonisten aus der Südsee dort angekommen. Der Dampfer ist von dort weiter nach San Francisco bestimmt.

Im Gegensatz zu dem brutalen Vorgehen des englischen Mutterlandes in den afrikanischen Kolonien haben sich die australischen Truppen bei Besetzung von Deutsch-Neuguinea streng an die Regeln des Völkerrechts gehalten. Dafür spricht die Proklamation, die der Vorkommandant des Expeditionskorps Oberst William Holmes bei der Uebernahme der Verwaltung erlassen hat. Ihr Wortlaut ist folgender:

„Nachdem die Streitkräfte unter meinem Befehl die Insel Neu-Pommern besetzt haben und nachdem auf Grund dieser vorausgegangenen Besetzung das deutsche Gouvernement aufgehört hat zu existieren, und es demgemäß erforderlich geworden ist, für die Verwaltung der genannten Kolonie und für den Schutz von Leben und Eigentum ihrer friedlichen Einwohner Sorge zu tragen, erkläre und bestimme ich folgendes:

1. Von dem heutigen Tage ab befinden sich die Insel Neu-Pommern und die zu ihr gehörigen übrigen Gebietsteile unter meinem militärischen Kommando im Namen Seiner Majestät des Königs.

2. Krieg wird nur gegen die bewaffneten Streitkräfte des Deutschen Reiches und seine ihm in diesem Kriege Verbündeten geführt.

3. Das Leben und private Eigentum der friedlichen Einwohner wird geschützt, und die Gesetze und die Gewohnheitsrechte der Kolonie bleiben in Kraft, soweit dies mit der gegenwärtigen Lage vereinbar ist.

4. Sofern die Bedürfnisse der Truppen es erfordern, kann privates Eigentum requiriert werden. Solches Eigentum wird nach seinem angemessenen Wert bezahlt.

5. Bestimmte Beamte des früheren Gouvernements werden, sofern sie es wünschen, unter ihren üblichen Gehaltsbeträgen im Dienst behalten.

6. In Erwiderung dieses Schutzes ist es die Pflicht aller Einwohner, absoluten Frieden zu halten, ihre Geschäfte wie bisher, soweit irgend möglich, zu betreiben, weder mittelbar noch unmittelbar an irgend welchen Feindseligkeiten teilzunehmen, sich jeden Verkehr mit Feinden zu enthalten und allen etwa ergehenden Befehlen gehorlich nachzukommen.

7. Alle männlichen Bewohner europäischer Abstammung sind verpflichtet, den vorgeschriebenen Neutralitätsgeld im Hauptquartier der Garnison zu leisten und alle Waffen, Munition und Kriegsmaterial sofort abzuliefern, wie gleichermäÙ alle Eigentum des vorigen Gouvernements in den Besitz der neuen Regierung übergeht.

8. Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieser Proklamation und Ungehorsam gegen die veröffentlichten Verordnungen werden nach dem Kriegsrecht abgeurteilt werden.

9. Es wird hierbei bekannt gemacht, daß diese Proklamation auf der ganzen Insel Neu-Pommern und den zu ihr gehörigen Gebietsteilen vom heutigen Datum (18. September) an in Kraft tritt.“

Kritik an der englischen Kriegspolitik durch Engländer.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt:

Der englischen Kriegspolitik, die schon von manchen Angehörigen dieses Staates eine schonungslose Kritik erfahren hat, wurde kürzlich von dem Sozialisten Walter Reibold im „Labour Leader“ ein Spiegel entgegengehalten. . . . (Wir haben Reibold's Ausführungen bereits ausführlich in Nr. 45 des „Vorwärts“ wiedergegeben. D. Red. d. V.)

In der letzten Nummer der „Nation“ beantwortet Bernard Shaw einen Brief des Professors Kirchwey, der sich mit Shaws öffentlicher Verurteilung der Rechtfertigung der Beteiligung Englands am Kriege durch Asquith und Grey befaßt. Shaw benutzt seine Antwort zu einer blutigen Abfuhr der englischen Parlamentarier und Zeitungen, die ihn als Vaterlandsverräter oder unzurechnungsfähigen Hanswurst bezeichnen, weil er der Regierung den Spiegel der Wahrheit vorhält. Die marionettenhafte Sätze seiner Ausführungen lauten:

„Neutralität ist äußerster Humbug. Es gibt keinen Bruch der Neutralität, weil es keine Neutralität gibt. Die Wichtigkeit dieser einfachen, natürlichen Tatsache vor Augen zu stellen, ergibt sich aus drei Erwägungen: Erstens der Gefahr, die wirklichen Gründe Englands für den Krieg zu verdunkeln durch den falschen Grund der belgischen Neutralität (ihres Schutzes durch England); zweitens der Gefahr, daß anstatt wirklicher Friedensbedingungen fiktive Bedingungen in Form neuer Garantien für die Neutralität als dauerhaft (valid) akzeptiert werden könnten; drittens der generelle Einwand, daß man nicht Steine werfen soll, wenn man selbst im Glas- haufe sitzt und sich verbündet hat mit den östlichen Mächten, deren ganze Geschichte ein einziges riesiges Glasfenster ist. Dejenigen aber, die darauf bestehen, daß die Neutralität etwas Wirkliches und Heilseliges sei, werden durch folgende Tatsachen widerlegt: Erstens: Deutschland hat Belgiens Neutralität nicht verletzt. Deutschland hat Belgien einfach Krieg erklärt, auf welches Recht Deutschland keineswegs beruht hätte durch seine Garantie für Belgiens Neutralität, und diese Garantie für Belgiens Neutralität besteht fort trotz des Krieges und berechtigt Deutschland noch, trotz des Krieges die Neutralitätsverletzung durch eine andere Macht als Casus belli anzusehen. Frankreich und England haben nun diese Neutralität verletzt, indem sie, ohne mit Belgien im Kriege zu sein, in Belgien einmarschierten und auf belgischem Boden kämpften. Drittens: Deutschland bot an, Frieden mit Belgien zu halten unter einer Bedingung, der des freien Wegerechts, wofür Großbritannien zuerst das Beispiel gab, indem sie es von China forderte und durch Krieg erzwang. Viertens: Frankreich und England wollten Belgiens Neutralität nur respektieren, wenn Deutschland Frieden hielt, eine Bedingung, von der sie wußten, daß sie nicht erfüllt werden konnte. Fünftens: Deutschland offerierte Frieden in Belgien. Sechstens: England befaß den Krieg prepotent. Shaw führt nun aus, daß nach diesen Tatsachen jeder internationale Jurist die Theorie der Neutralität Belgiens als eine Absurdität erweisen ansehen müsse. Und weil er selber sich durch diese Theorie nicht täuschen ließ, habe er von Anfang an den Kriegsvorwand des Schutzes der belgischen Neutralität verworfen und Minister und Zeitungen ersucht, ihn fallen zu lassen, und zwar noch, bevor durch die in Brüssel vom deut-

lichen Generalstab gefundenen Dokumente das Londoner Auswärtige Amt so vollständig vom deutschen Reichskanzler (Schadow) gefestigt wurde, daß es nicht ein Wort mehr zu sagen wußte und sich darauf beschränkte, sich einiger Straßensingen zu bedienen, um dem Reichskanzler die Junge herausstrecken zu lassen!

Shaw führt dann aus, daß Nicht vor Recht gehe, wenn es auch das Recht nicht auslöste. Deshalb habe Deutschland Belgien angegriffen? Weil Deutschland fürchte, durch Elsch-Lothringen nicht schnell genug nach Frankreich hineinzukommen. Warum habe Deutschland Frankreich den Krieg erklärt? Deutschland fürchte die Mobilisation Russlands, und daß Frankreich Deutschland in den Rücken fallen würde, wenn Deutschland mit Russland engagiert war. Und England griff Deutschland an aus Furcht vor Deutschlands wachsender Seemacht und aus Furcht, daß Deutschland Frankreich und Russland schlagen würde und England dann ohne leistungsfähige Verbündete Deutschland gegenüberstände. Aufgeschreckte Tiere sind gefährlich, Menschen ebenso. England kämpft heute nur, um seine Streitlust und seinen Stolz zu befriedigen. Das verlangt unsere Seele, und das ist das Schöne am Krieg; aber wir sollten wissen, wann wir genug haben, und rechtzeitig aufhören.

Shaw kommt dann auf die Frage der neutralen Bufferstaaten, die eine Nacht- und keine Rechtsfrage sei. Siehe England in Afghanistan (gegen Russland)! Frankreich hatte die Nacht, Marokko England abzukaufen, indem es Ägypten England überließ. Welche hatten nicht das geringste Recht, über Marokko oder Ägypten zu verfügen, nur die Macht. Und die sogenannten Garantiemächte für Belgien, die Belgien seine auswärtige Politik diktierten und dann nicht einliefen waren, Belgien zu schützen, haben mehr Grund, sich zu schämen, als die Bewunderung der Welt zu verlangen. Da habe Deutschland noch mehr Ursache zum Stolz; es ist wenigstens siegreich.

Shaw schließt mit einem beißenden Spott auf Churchill wegen dessen Erklärung, daß England schon seit fünf Jahren sich ausreichend mit Munition für diesen Krieg versehen habe, während Asquith und Grey erklärten, sie hätten nicht im Traum an Krieg gedacht, bis Herr von Bethmann Hollweg Belgiens Neutralität als Papierwisch durchdrungen habe. Liberale Wähler sollten ihre liberale Standarte einziehen, bis Asquith und Grey zurückgetreten oder zu der Partei übergegangen sind, der sie um des Krieges willen die Herrschaft im Unterhause abgetreten haben, den Antonsen.

Der Satiriker Shaw verleugnet auch in dieser Vollenst nicht seine scharfe Schreibweise, die alle Dinge auf die Spitze treibt. Ob übrigens die Wiedergabe seines Aufsatzes vollständig ist, können wir zurzeit nicht nachprüfen. Jedenfalls ist sein Artikel charakteristisch für die Möglichkeit freier Diskussion in England auch während des Krieges.

Die französischen Sozialisten fordern Höchstpreise für Getreide.

Lyon, 28. Februar. (B. Z. V.) Der „Progrès“ meldet aus Paris: Eine Abordnung der Gruppe der sozialistischen Parlamentarier besprach mit Ministerpräsident Viviani die Getreidefrage und betonte bei dieser Gelegenheit nochmals, es sei unbedingt notwendig, daß die Regierung Höchstpreise für Getreide festsetze und Maßnahmen treffe, um eine Spekulation zu verhindern.

Die belgischen Briefträger nehmen den Dienst auf.

Brüssel, 1. März. (B. Z. V.) Heute vormittag haben die belgischen Briefträger ihren Dienst wieder aufgenommen, den sie bis jetzt auf Befehl des Ministers für Post- und Eisenbahnwesen verweigert hatten. In dem Stadtbezirk Brüssel finden jetzt täglich zwei Postbestellungen statt.

Die Haltung Rumäniens.

Paris, 1. März. (B. Z. V.) Im Gegensatz zu der übrigen Presse, welche erklärt, Rumänien werde unter dem Druck der Beschließung der Dardanellen und der militärischen Operationen in Galizien demnächst intervenieren, läßt sich das „Journal“ von seinem Vizechef Sonderberichterstatter melden, die Haltung der rumänischen Regierung lasse keine Schlüsse über ihre Politik zu. Die rumänische Öffentlichkeit mit Ausnahme einiger frankophiler Politiker bezweifle täglich mehr, daß Rumänien an der Seite des Dreiverbandes intervenieren werde. Alle Franzosenfreunde sprächen von einer Intervention, aber wenn man sie frage, wann Rumänien los-schlagen werde, müßten sie die Antwort schuldig bleiben. Man spreche jetzt sogar von einem Ministerwechsel, und die Politiker, welche als zukünftige Minister genannt würden, seien alle wegen ihrer deutschfreundlichen Bestimmung bekannt.

Reformbestrebungen in Russland.

Vor kurzem fand, wie Petersburger Blätter berichten, in Moskau eine Beratung der Führer der Kadettenpartei statt, an der u. a. sämtliche Mitglieder des Komitees der Kadettenpartei teilnahmen. Aus den Beratungen ist hervorzuheben, daß die offiziellen Führer der Partei aus „Gründen der Staatsraison“ dagegen sind, daß zurzeit Reformfragen, wie z. B. die jüdische Frage, die armenische Frage u. a. aufgerollt werden. Auch die Frage der Amnestie wird von den Führern des russischen Liberalismus als unzeitgemäß betrachtet!

Diese Stellungnahme der offiziellen liberalen Politiker, die sich als „Staatsmänner“ betrachten, wenn sie die Illusion der „nationalen Einigkeit“ aufrechterhalten und zugleich die Geschäfte der herrschenden Reaktion besorgen, ist natürlich nur geeignet, die Unzufriedenheit im Lande zu vertiefen. Schon jetzt ertönen in den Kreisen der russischen Liberalen Stimmen, die mit der Politik der offiziellen Führer nichts gemein haben wollen. So schrieb das angesehenere Moskauer liberale Organ „Russkja Bedomosti“ aus Anlaß der Ablehnung der „unzeitgemäßen“ jüdischen Frage: „So kann man nur sprechen, wenn man diese Frage begraben will. . . . Die sittliche Notwendigkeit legt uns die Verpflichtung auf, die Emanzipation der Juden als eine der unaufschiebbaren Aufgaben der nächsten Zeit zu betrachten.“ In ähnlichem Sinne äußert sich zu dieser Frage eine Versammlung der Freien Oekonomischen Gesellschaft in Petersburg, die einstimmig die Forderung aussprach, daß sämtliche Beschränkungen des jüdischen „Wohnrechts“ unverzüglich außer Kraft gesetzt und auf dem Wege der Gesetzgebung endgültig aufgehoben werden sollen.

Angriffe gegen den deutschen Marineattaché Soy-Ed.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) „Daily Telegraph“ weiß aus New York zu berichten: Im Besitz des hier behafteten Deutschen Siegler sind Briefe des deutschen Marineattachés Freygatten-Kapitän Soy-Ed gefunden

worden. Dieser erklärt dazu, er habe allerdings Briefe und Telegramme an Stegler geschickt, habe aber kein Wort gesagt oder geschrieben, daß er von einem angeblich falschen Vasse gewußt hätte. Stegler's Verhaftung sei ihm völlig überraschend. Stegler habe Beschäftigung gesucht und sei zu ihm gekommen gleich vielen anderen Deutschen. Er habe getan, was er konnte, um ihm zu helfen, und 36 Pfund geliehen, die er zurückzahlen versprochen habe.

Das Reutersche Bureau läßt sich aus Washington in derselben Angelegenheit folgende Verdächtigungen melden: Die Aussagen des angeblichen Reserveoffiziers der deutschen Marine Richard Stegler in New York, der beschuldigt wird, deutschen Reservisten falsche Pässe zur Ermöglichung ihrer Heimreise verschafft zu haben, ziehen den deutschen Marineattaché Fregattenkapitän Vogt-Ed in diese Angelegenheit hinein und lassen ihn auch als Auftragsgeber von Lody erscheinen, der in London im Tower wegen Spionage erschossen worden ist. Stegler habe ausgelegt, als er den Vorschlag, als deutscher Spion nach England zu gehen, abgelehnt hätte, habe ein anderer, vermutlich ein deutscher Reservist, einen gefälschten Paß erhalten und den vorher vermutlich ihm zugedachten Auftrag übernommen. Auskünfte über die britische Flotte zu beschaffen. Stegler soll weiter ausgelegt haben, daß die Verhandlungen mit dem Marineattaché bereits zu der Abmachung geführt hätten, daß Frau Stegler, solange ihr Mann in England wäre, jeden Monat dreißig Pfund Sterling erhalten, falls aber Stegler in England festgenommen und hingerichtet würde, denselben Betrag auf Lebenszeit bezögen sollte.

Die „Times“ melden hierzu aus Washington, daß die Angabe des verhafteten Deutschen Stegler, der deutsche Marineattaché Vogt-Ed habe dem seinerzeit in England hingerichteten Lody den Auftrag für seine Tätigkeit erteilt, in Washington wenig Glauben findet.

Ein politisches Attentat in Portugal.

Lissabon, 1. März. (B. L. B.) (Meldung der Agence Havas.) Der Deputierte Henrique Cardoso wurde vor dem Gebäude des republikanischen Direktoriums durch einen Revolverbeschuß getötet.

Die portugiesische Militärdiktatur.

Paris, 1. März. (B. L. B.) Der „Temps“ meldet aus Lissabon: Zahlreiche Offiziere des Heeres und der Marine brachten dem Ministerpräsidenten General Castro eine Kundgebung dar. Der Ministerpräsident dankte und erklärte in einer Ansprache, die Regierung wolle außerhalb der Parteien stehen. Er habe die Diktatur nur angenommen, um Portugal von den demagogischen Umtrieben zu befreien.

Zivilisten, welche eine Segelungsreise unternehmen wollten, wurden durch die republikanische Garde auseinandergetrieben. Bei dem Handgemenge wurden mehrere Personen verletzt; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Parlamentswahlen, welche am 7. März stattfinden sollen, wurden durch einen Regierungserlaß auf den 6. Juni verschoben. Der Demokratieführer Affonso Costa greift diesen Erlaß heftig an, weil er das parlamentarische Regime aufhebe.

Politische Uebersicht.

Zukunftsmusik.

Die noch immer fortgesetzte Debatte über die Freigabe der Friedensbedingungen wird von rechtsstehenden Blättern benützt, um ihre eigenen Wünsche für das Kriegsziel zum Ausdruck zu bringen. So gibt die „Kreuz-Zeitung“ einer Zuschrift von Professor Krüdmann aus Münster i. W. Raum, in der nach einer allgemeinen Begründung für die Aufhebung des Schreibverbots erklärt wird:

„Dazu kommen noch allerhand andere Gründe, die allerdings mit innerer Politik nichts zu tun haben. Da erklärt der eine, wir dürfen wegen der Bevölkerung keinen Fußbreit fremden Bodens nehmen, der andere sagt dasselbe in dem Weistreiben, daß Deutschland sich zum Höhn der ganzen politisch denkenden Welt als der gute brave Junge bewähren möge, der nicht auf Erwerb fremden Bodens aussehe. Daß wir Festungsversäumnisse nachzuholen haben, in denen selbst der große Bismarck schiefgriff, ist noch sehr vielen nicht aufgegangen. Ferner wissen nur sehr wenige, daß es ein Unterschied ist, ob man große Waldländereien nimmt oder dicht besiedelte Ackerbaugenden. Ist der Forst noch dazu fiskalisch, so daß er Staatsbesitz wird, ist es ein leichtes, eine etwa unerwünschte Bevölkerung mit den Einkünften aus den Forsten auszufahren, und darum stehen dem Erwerbe von dünn besiedelten Forstgebieten keine sonderlichen Bedenken entgegen.“

Andererseits müssen reiche Bodenschätze, die dem Deutschen Reich bis zu einem gewissen Grade ein wirtschaftliches Monopol schaffen können, durchaus nicht notwendig mit dem Zuwachs an unerwünschter Bevölkerung, wenigstens nicht in einem gefährlichen Maße verbunden sein. Man kann die Arbeiter ablegen, sie wohnen meistens zur Miete, und so kann unter Umständen verhältnismäßig leicht eine andere Bevölkerung herangezogen werden. Dazu kommt, daß wir vorausichtlich alle Ursache haben werden, unsern russischen Volksgenossen eine neue Heimat zu schaffen.“

Dagegen findet Professor Krüdmann unsere volle Zustimmung, wenn er ausführt, wir Zurückgebliebenen müssen gerade im Interesse der draußen Kämpfenden und für sie sprechen:

„Die Kämpfer im Felde würden uns einer schweren Unterlassungssünde zeihen, wenn wir, die wir noch einigermaßen sprechen dürfen, während ihnen der Mund ganz geschlossen ist, nicht an ihrer Stelle sprächen, damit ihrer Arbeit der gebührende Lohn wird.“

Nur sehen wir den gebührenden Lohn in einem Friedensschluß, der möglichst neue Konfliktsmomente für die Zukunft ausschließt. Daß die Verwirklichung der von Professor Krüdmann erörterten Friedensbedingungen dieses Ziel sichert, müssen wir entschieden bestreiten.

Das freie Wahlrecht in Preußen.

Herr von Jedlich ist in der „Post“ sehr ungehalten darüber, daß die fortschrittliche Volkspartei in der Budgetkommission den „mindestens überflüssigen Wahlrechtsvorstoß“ unternahm, zumal doch nur die Sozialdemokratie lebhaft für eine Reform eintrete. Von Jedlich macht gar kein Gehl daraus, daß er an eine grundlegende Verbesserung des Wahlrechts nicht denke:

„Insofern hatte der Vorstoß kein Gutes, als er Gelegenheit bot, durch das seit längerer Zeit planmäßige Weistreiben der öffentlichen Meinung zu suggerieren, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen die notwendige Schlussfolgerung aus den Erfahrungen des Krieges sei, einen Strich zu

machen. Mag der Krieg auch den demokratischen Gedanken gestärkt haben, so hat er doch auch nicht minder starke Gegenwirkungen ausgelöst. Die hohe Bedeutung einer starken Staatsgewalt wie der Autorität überhaupt, der große Wert der führenden Persönlichkeit ist allen, insbesondere auch denen, die im Felde stehen, mit unübersehbarer Deutlichkeit vor Augen gerückt. Jedermann ist es klar geworden, daß der preussische Staat in seiner Eigenart das feste Rückgrat des Deutschen Reiches bildet. Wer aber einigermaßen Verständnis für die Entwicklung und die Natur des preussischen Staates hat, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß mit dessen Eigenart ein demokratisches Wahlrecht nach Art des Reichswahlrechts völlig unvereinbar ist, dieser vielmehr nur ein Wahlrecht gerecht wird, das nach dem wirklichen Gewicht der Stimme abgestuft ist.“

Zwar erkennt v. Jedlich an, daß das preussische Wahlrecht „verbesserungsfähig, ja verbesserungsbedürftig und seine Reform eine der wichtigsten gesetzgeberischen Aufgaben nach Wiederherstellung des Friedens ist“. Aber eine Verständigung sei nur auf der Grundlage eines Pluralwahlrechts möglich, auf einer anderen nicht.

Schwarzbrod — Weißbrod.

Auf Grund einer neuen Bundesratsverordnung vom 18. Februar 1915 sind die strengen Bestimmungen über den Verbrauch von Weizenmehl, nämlich die Mischungsvorschriften, wieder etwas gemildert worden. Es soll nunmehr den Landes-Zentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Behörden erlaubt sein, vorübergehend und im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses den Mühlen die Abgabe von Mehl in anderen Mischungen als sie bisher das Gesetz vorschrieb, zu gestatten, und den Wädern wird unter denselben Voraussetzungen eingeräumt, Weizenmehl zu verwenden, das weniger als 30 Proz. Roggenmehl auf hundert Teile des Gesamtgewichts enthält.

Zur Begründung dieser Aenderung wird mitgeteilt: Einzelne Städte und Bezirke hatten von vornherein mehr Weizen- als Roggenmehl aufgestapelt; diese kamen durch die strengen Mischvorschriften, besonders seit der Beschlagnahme allen Getreides, in eine schwierige Lage. Auf der einen Seite konnten sie die für die Herstellung von Kriegs-Weißbrod notwendigen Quantitäten Roggenmehl nicht ohne weiteres beschaffen, auf der anderen Seite hatte die Bevölkerung bereits angefangen, sich vom Weißbrod abzuwenden und dem Schwarz- (Roggen-) Brod Vorzüge zu bezeugen. Bei den ungeheuren Schwierigkeiten, solche Ungleichheiten der lokalen Vorräte, besonders im Kriegs-, durch Verschiebungen auszugleichen, hat man es nun für nötig befunden, hier unter gewissen Voraussetzungen Erleichterungen zu schaffen. Vielleicht ist auch diese Maßnahme nur vorübergehend. Das Gebot, überhaupt so wenig Brod wie möglich zu essen, wird davon nicht berührt, ob einmal „schwarz“ und ein andermal „weiß“ in der Entwicklung unseres Brodverbrauches im Kriege etwas stärker bevorzugt wird.

Der alte Kurs.

Der von den Industriellenverbänden in Mannheim unterhaltene Arbeitsnachweis war zu Kriegsbeginn geschlossen worden. Die Beamten dieses Nachweises traten in das städtische Arbeitsamt über, und dieses übernahm die gesamte Arbeitsvermittlung für den Platz Mannheim. Man konnte annehmen, es würde so bleiben auch über den Krieg hinaus. Es ist jedoch schon jetzt anders gekommen. Die Mannheimer Industriellen fürchten offenbar, ihren Arbeitsnachweis als Kampfmittel zu verlieren, wenn sie diesen noch länger geschlossen halten. Am 1. März eröffneten sie ihn daher wieder. Mit dem paritätisch geleiteten städtischen Arbeitsnachweis wollen sie nichts mehr zu tun haben. Dem Stadtrat Mannheim schreiben die Industriellen, es sei durch Übernahme großer Heereslieferungen ein dringendes Bedürfnis nach Facharbeitern entstanden; auch sei der Grund des Zusammengehens mit dem städtischen Arbeitsamt durch die reichliche Arbeitsgelegenheit in Wegfall gekommen. Deshalb werde man auf dringendes Verlangen der Mitglieder den Arbeitsnachweis der Industrie wieder eröffnen. Diese Ausflüchte hätten sich die Industriellen ersparen können. Der derzeitige Mangel an Facharbeitern kann kein Grund sein, den städtischen Arbeitsnachweis zu meiden.

Verurteilung wegen Spionageverbrechens.

Leipzig, 1. März. (B. L. B.) Vom Reichsgericht wurde der Händler Lufas Berna wegen fortgesetzten Verrats militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, sein Sohn Leo Berna wegen des gleichen Verbrechens sowie wegen Beihilfe zum verurteilten Verrat in zwei Fällen zu acht Jahren Zuchthaus. Gegen jeden der beiden Angeklagten wurde außerdem auf zehn Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt. Dem Angeklagten Lufas Berna wurden zwei Monate dem Angeklagten Leo Berna acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Lufas Berna war in Basel jahrelang Vermittler für das französische Nachrichtenbureau in Velfort, und Leo Berna war als Spion tätig. Ein Gendarmerie-Wachmeister, der um Nachrichten angegangen worden war, hat mit Genehmigung der deutschen Behörde den Angeklagten längere Zeit irreführende Nachrichten geliefert, bis es schließlich gelang, die Angeklagten zu fassen.

Der Eisenbahnetat in der Budgetkommission.

Die Verhandlungen der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses vom Montag über den Etat der Eisenbahnverwaltung hatten eine erfreuliche und eine unerfreuliche Seite. Erfreulich war das, was über die Leistungen der Eisenbahnen im Kriege gesagt wurde, unerfreulich dagegen war die Stellung, die die Verwaltung Arbeiterfragen gegenüber einnahm.

In der Anerkennung der hervorragenden Leistungen der Eisenbahn, vor allem der treuen Pflichterfüllung vom Minister bis zum einfachsten Arbeiter, herrschte zwischen allen Mitgliedern der Kommission volle Uebereinstimmung. Auch mit den Betriebsergebnissen kann man durchaus zufrieden sein, der Ausfall an Einnahmen ist weit geringer, als man nach den Ergebnissen des Monats August befürchten mußte, von Monat zu Monat haben sich die Verhältnisse verbessert. Die Verwaltung bereitet sich jetzt schon auf die großen Aufgaben vor, die ihrer nach Friedensschluß harren. Vor allem ist die Bautätigkeit nicht eingestellt worden, allerdings ist es nicht möglich, wie es von einer Seite gewünscht wurde, in höherem Maße Kriegsgefangene hierfür zu verwenden. Auf Bahnhöfen und in Erdarbeiten an befahrenen Strecken geht das Ansehen des Ministeriums nicht. So werden denn der Bautätigkeit für die 407 Millionen Mark bereit gestellt sind, durch das Fehlen von Arbeiterkräften Schranken gezogen.

Was die Arbeiterfragen anbetrifft, so geht aus der Antwort, die der Minister dem sozialdemokratischen Redner auf seine Anfragen und Beschwerden erteilte, zur Genüge hervor, daß er sich zu einer Anerkennung des Koalitionsrechts der

Arbeiter seines Ressorts immer noch nicht aufzuschieben vermag. Herr Breitenbach hätte es am liebsten gesehen, wenn der Sozialdemokrat durch Aufstellung der Frage des Koalitionsrechts den „Burgfrieden“ nicht gebrochen hätte. Nachdem dies aber einmal geschehen, konnte er um eine Antwort nicht herum, und die Antwort fiel, in der Form zwar milder, in der Sache aber genau so scharf aus wie vor dem Kriege. Obwohl der Minister zugab, daß das Personal sich in uneigenmütigster Weise bewährt habe, hielt er doch die Gewährung des Koalitionsrechts nicht für erforderlich, zumal da das Personal selbst diese „Gegenleistung“ gar nicht beansprucht. Ebenso wenig will Herr Breitenbach grundsätzlich die Tarifverträge anerkennen, weil das einen Eingriff in die Lohnregulierung bedeute. Das müsse er nach wie vor ablehnen, wie er ja auch den Wunsch der Arbeitgeber auf Aufnahme der Streikklausel nicht erfüllt habe.

Von Einzelheiten aus der Debatte sei noch erwähnt die Ankündigung, daß der Mittel-Landkanal bis nach Hannover im Laufe des Jahres 1915 in Betrieb gesetzt werden soll und die Mittelung des Ministers, daß es betriebstechnisch unmöglich sei, in alle Züge, die Schlafwagen zweiter Klasse führen, auch Schlafwagen dritter Klasse einzustellen. Vereinzelt soll jedoch der Versuch mit Schlafwagen dritter Klasse gemacht werden.

Bemerkt sei schließlich noch, daß von dem Bestande des Personals etwa 80 000 Mann fehlen, die teils zu den Fahnen einberufen sind, teils in den besetzten Ländern beschäftigt werden. Der Verkehr in den besetzten Ländern geschieht nicht auf Kosten Preußens, sondern auf Kosten des Reichs, Preußen erhält für seine Leistungen nur eine Entschädigung.

Zweites Mobilisierungsgeld.

Die Offiziere und Militärbeamten erhalten mit dem Ausbruch des Krieges das nach dem Rang abgeschufte Mobilisierungsgeld. Diese Gelder dienen zur Beschaffung der für den Feldzug nötigen Ausrüstungsstücke. Die lange Dauer dieses an Strapazen so reichen Krieges hat eine Order des Kaisers zur Folge gehabt, nach welcher dieses Mobilisierungsgeld noch einmal bezahlt wird mit der Einschränkung, daß über den den Obersten zustehenden Satz nicht hinausgegangen werden soll. Die Generale erhalten damit also nur den Betrag, der dem Obersten zusteht.

Es wäre dringend zu wünschen, daß man auch den im Felde stehenden Mannschaften das Päckgeld von 7 M. noch einmal gewähren würde, denn auch sie haben im Kriege erheblich höhere Aufwendungen für die Instandhaltung ihrer Sachen zu machen als im Frieden. Die Gründe für die Gewährung eines zweiten Mobilisierungsgeldes an die Offiziere bestehen unbedingt auch für die Soldaten.

Eroberungsgelder.

Das „Marineverordnungsblatt“ veröffentlicht eine Verordnung über „Eroberungsgelder für eroberte Fahnen, Standarten, Maschinengewehre und Geschütze“. Für jedes feindliche Feldzeichen (Fahne oder Standarte), das im Kampfe genommen wird, sowie für jedes feindliche Maschinengewehr oder Geschütz, das in einer Schlacht oder in einem Gefecht während seines Gebrauchs bei feindlicher Gegenwehr mit stürmender Hand genommen worden ist, erhält der Truppenteil, dem die Eroberer angehört haben, siebenhundertundfünfzig Mark. Die Geldbeträge, die den Truppenteilen zuerkannt werden, sind nicht an die einzelnen Eroberer zu verteilen, sondern verbleiben dem Truppenteil, der die Zinsen so verwendet, daß sie sowohl dem Offizierskorps als auch den Mannschaften, und zwar in erster Linie den Feldzugsteilnehmern, zugute kommen. Falls diese Beträge die Summe von dreitausend Mark bei einem Truppenteil nicht erreichen, bleibt ihm überlassen, auch das Kapital in dem ange deuteten Sinne zu verwenden.

Kriegsbekanntmachungen.

Ostereisendpostsendungen.

Amlich, Berlin, den 28. Februar. (B. L. B.) Die Heeresverwaltung macht schon jetzt darauf aufmerksam, daß das ständige Anmachen des Feldpostverkehrs die Zulassung einer allgemeinen Verwendung von Ostereisendpostsendungen unmöglich macht. Das Publikum wird daher gebeten, von der Verwendung bezüglicher Karten Abstand zu nehmen. Sonst würde die Heeresverwaltung genötigt sein, die Annahme von Feldpostkarten zur Oerzeit zeitweise gänzlich zu sperren.

Ebenso wird zur Vermeidung einer Sperrung des Feldpostverkehrs vor besonderen Osterpostsendungen dringend gewarnt.

Unzulässige Postkarten.

In letzter Zeit sind Postkarten und Briefumschläge in den Handel gekommen, die nach Form und Ausdruck geeignet sind, den Anschein zu erwecken, als ob sie postamtlich ausgegeben seien. In der rechten oberen Ecke tragen sie den Wertstempel der bei den deutschen Postämtern in Belgien vertriebenen Freimarken. Auf der linken Hälfte der Vorderseite ist das Reichswappen abgebildet mit der Angabe „Deutsch-Belgien“. Die Karten tragen außerdem die Ueberschrift „Erinnerungs-Postkarte“, die Umschläge den Vermerk „In memoriam“. Diese Karten und Marken sind nicht von der Reichspostverwaltung, sondern von der Privatindustrie hergestellt und in den Verkehr gebracht worden. Ihre Beförderung mit der Post ist nicht gestattet.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. März. (B. L. B.) Der amtliche Bericht von 3 Uhr nachmittags lautet: Dem geistigen Abendbericht ist nichts hinzuzufügen, außer daß in der Champagne verschiedene Stützpunkte nacheinander eingenommen wurden; hierdurch wird jetzt eine fortlaufende Linie von 2 Kilometern nördlich und nordwestlich Verthes gebildet. In den Vogesen schritten unsere Angriffe bei Chappellette (3 Kilometer nördlich von Celles) leicht fort.

Untergang eines Dampfers.

Paris, 1. März. (B. L. B.) Der „Temps“ meldet aus Le Havre: Der englische Dampfer „Garpaton“, dessen Braud vorgefahren bei Cap Antifer gesehen wurde, versank, bevor er nach Le Havre geschleppt werden konnte.

China und Japan.

Petersburg, 1. März. Die „Kowale Wremja“ meldet aus Peking vom 28. Februar: Die „Peking Gazette“ teilt mit, daß Japan von den 21 japanischen Forderungen den Ententemächtern nur 11 mitgeteilt und 10 bisher verschwiegen habe. Daher sei die Erklärung des Ministers des Äußern Sazonow verständlich, daß englisch-russische Interessen und die Integrität Chinas durch diese Forderungen nicht berührt würden. Die „Peking Daily News“ sprechen die Erwartung aus, daß Japan die übrigen Forderungen alsbald zurückziehen werde, da sie den Ententemächtern nicht mitgeteilt wurden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 162 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
 2., 3., 4. und 5. Garde-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5, Garde-Füsilier-Reg.; Grenadier-Regim. Infanterie-Regim. Füsilier-Regiment Nr. 3, 4, 7, 8, 12, 14, 23, 25, 28, 33, 46, 52, 53, 54, 55, 57, 62, 64, 67, 68, 71, 84 (siehe Komb. Inf.-Reg. v. Weber), 85, 86, 91, 92, 95, 96, 98, 110, 116, 132, 135, 137, 141, 142, 143, 146, 147, 149, 151, 153, 159, 161, 162, 163, 169, 171, 172, 175; Inf.-Reg. v. Weinhart; Kombiniertes Inf.-Reg. v. Weber; Ersatz-Regiment Nr. 28, 29 und Königsberg III; Reserve-Inf.-Regiment Nr. 10, 18, 24, 29, 30, 32, 51, 52, 56, 59, 60, 66, 68, 71, 72, 76, 81, 83, 116, 207, 211, 213, 221, 224, 228, 233, 236, 237, 238; Reserve-Erf.-Reg. Nr. 1; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 11, 23, 24, 30, 37, 40, 60, 66, 72, 69, 118; Landw.-Erf.-Reg. Nr. 2; Heberplanmäßiges Landw.-Inf.-Batt. Nr. 5 des 4. Armee-Korps; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 8, 10, 32, 49, 81; Landw.-Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 10, 11; Landst.-Bataillone I Weutben i. Oberschl. I und II Deutsch-Eslau, I Hagenau, König, III Rünster, Neufalg a. O., Rosenburg, Schlawa, 1. Schrimm, Schmeidlin, II Tilitz; Jäger-Bataillone Nr. 2, 3, 4, 5; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 5, 9, 19; Radfahrer-Komp. R. O. Leibelich bei Thoren der Brigade Griepentferl; Maschinengewehr-Abt. Nr. 6; Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 14; Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 1 und 2.
 Kürassiere Nr. 2; Dragoner Nr. 10, 14; Husaren Nr. 2, 4, 5; Reserve-Husaren Nr. 3; Ulanen Nr. 1, 4; Jäger zu Pferde Nr. 1 (siehe 1. mob. Erf.-Escadron des 5. Armee-Korps); Feld-Kavallerie-Reg. Nr. 1 des 6. Armee-Korps; Landw.-Kav.-Reg. Nr. 1 des 5. Armee-Korps; 1. Landsturm-Escadron des 2. Armee-Korps.
 Stab der Garde-Res.-Feldart.-Brig.; 3. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regiment Nr. 1, 8, 11, 15, 19, 22, 38, 52, 56, 66, 75; Reserve-Feldart.-Regiment Nr. 1, 4, 46.
 Fußart.-Regiment Nr. 18, 20; Reserve-Fußart.-Reg. Nr. 20; 2. Garde-Landw.-Batt.
 Pion.-Regiment Nr. 23, 25, 30; Pion.-Bataillone: II. Nr. 4, II. Nr. 5, I. Nr. 17; Pion.-Erf.-Bataillone Nr. 3, 21; 49. Reserve-Kompanie; 2. Landw.-Komp. des 11. und solche des 15. Armee-Korps; 1. Landw.-Komp. des 18. Armee-Korps; Leichter Festungs-Scheinwerfer Nr. 14.
 Mobile Bahnhofs-Kommandantur (ohne nähere Angabe); Eisenbahn-Vaupump. Nr. 3; Fernsprech-Abt. des 1. Reserve-Korps und solche des Korps v. Baitrow.
 Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 80; Festungs-Fußart.-Munitionskolonnen Nr. 3.
 Artillerie-Bauleitung Ost; Landsturm-Artillerie-Batt. IV Ost; Arbeiter-Batt. Nr. 7; Schanzarbeiter-Komp. Nr. 4.
 Sanitäts-Kompanien Nr. 1 und 2 des 2. Armee-Korps, Nr. 1

der 3. Garde-Inf.-Division; Reserve-Sanitäts-Komp. Nr. 20 des 6. und Nr. 12 des 8. Reserve-Korps und Nr. 62; Reserve-Lazarett Nr. 1 Altona; Freiwillige Krankenpflege (Rotes Kreuz).
 Präsidenten der 1. Inf.-Division; Schwere Proviant-Kolonnen Nr. 4 des Garde-Korps und Nr. 6 des 6. Armee-Korps.
 Proviantämter Breslau und Colmar i. E.
 Feldpostamt des 1. Reserve-Korps.
 Die sächsische Verlustliste Nr. 114 meldet Verluste der Inf.-Regiment Nr. 101, 102, 103, 104, 133, 177, 178, 179, 181, 182; Reserve-Inf.-Regiment Nr. 101, 241, 242, 244; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 100, 102, 106; Landst.-Inf.-Batt. Pirna; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 47, 63, 89; Ersatz-Bataillone: Inf.-Regiment Nr. 107, 179; Reserve-Jäger-Batt. Nr. 25.
 Nachrichten aus unvollständigen feindlichen Gefangenenslisten.
 Die württembergische Verlustliste Nr. 127 veröffentlicht Verluste der Reserve-Inf.-Regiment Nr. 119, 120; Inf.-Reg. Nr. 121; Grenadier-Regiment Nr. 123; Inf.-Regiment Nr. 126, 180; Reserve-Inf.-Reg. Nr. 247; Feldart.-Regiment Nr. 13, 49, 65.
 Verluste durch Krankheiten.

Soziales.

Bereinigung für Säuglingschutz.

Die Deutsche Vereinigung für Säuglingschutz hält am 13. März, 11 Uhr, im Abgeordnetenhaus eine außerordentliche Tagung ab, in der über folgende Thematik verhandelt werden soll:
 I. Die Sicherung des Volksbestandes Deutschlands. Vortragender: Rabinowitsch a. D. Kammerherr Dr. jur. et med. h. c. v. Wehr-Binnun, Berlin. II. Der Einfluss des Krieges auf die Säuglingsfürsorge. Vortragender: Dr. Kott, Oberarzt und Dirigent des Organisationsamtes für Säuglingschutz im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Berlin-Charlottenburg. III. Die Reichswohlfahrt. Vortragender: Geheimer Oberregierungsrat Spielhagen, Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, Berlin. IV. Die Stellungnahme und Mitwirkung des Staates bei der Mutter- und Säuglingsfürsorge. Vortragender: Geheimer Medizinalrat Dr. Krohne, Vortragender Rat im Königlich Preussischen Ministerium des Innern, Berlin. V. Krankenlasten und kommunale Säuglingsfürsorge. Vortragender: Geheimer Sanitätsrat Dr. Gottstein, Stadtrat und Vorsitzender der Deputation für Gesundheitspflege in Charlottenburg.
 Zur Teilnahme an der Tagung sind alle Persönlichkeiten, die sich mit der Mutter- und Säuglingsfürsorge befassen, berechtigt; der Eintritt ist kostenlos. Anträge auf Verabfolgung von Eintrittskarten sind an die Geschäftsstelle der Deutschen Vereinigung für Säuglingschutz, Charlottenburg, Rollwitz-Privatstraße, zu richten.

Bruchgeld und Abzug für Krankenversicherung.

Rückzahlung von Bruchgeld und Krankenversicherungsbeiträgen verlangte gestern vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts ein Zahlkellner von dem Inhaber des „Victoria-Café“.
 Der Kläger hatte sich schriftlich verpflichtet, von seinen Trinkgeldeinnahmen, auf die sich lediglich sein Verdienst gründete, täglich 2 Proz. an die Bruchgeldkasse abzuführen. Außerdem mußte er von seinen Trinkgeldeinnahmen den auf ihn entfallenden Teil der Versicherungsbeiträge bezahlen. Er verneinte jedoch, daß eine solche Vereinbarung ungültig sei und forderte aus diesem Grunde 147,50 M. Bruchgeld und 38,80 M. Versicherungsbeiträge zurück. Weiter machte der Kläger geltend, daß lediglich von den Kellnern das Bruchgeld verlangt wird, während der meiste Bruch in der Küche entfällt.
 Auf Veranlassung des Gerichts ist von einem Bücherrevisor festgestellt worden, daß sich die Endrechnung der Bruchgeldkasse wie folgt darstellt:

	Einnahme	Ausgabe
1912	11 418 M.	9 250 M.
1913	10 706	8 410
1914	8 885	6 354

In den Ausgaben des letzten Jahres, auf die sich der vorliegende Fall bezieht, sind aber 2096 M. Löhne für Tischler und 2 M. 50 Pf. für den mit enthalten. Der Beklagte vertrat zwar die Ansicht, daß die Reparaturkosten auch aus dem Bruchgeld zu erstatten seien, weil sie durch unvorsichtiges Quantieren mit Tischen und Stühlen verursacht wären.
 Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 111,80 M. Nach § 1432 der Reichsversicherungsordnung dürfen die Versicherungsbeiträge nur vom Lohn abgezogen werden. Der Fall, daß sich ein Arbeitsverhältnis lediglich auf Trinkgeldeinnahme gründet, ist nicht vorgegeben. Rithin müssen diese Beiträge voll zurück-erstattet werden. Vereinbarungen über Bruchgeld dagegen seien auch durch höhere Instanzen als rechtsgültig anerkannt worden, soweit sie den tatsächlichen Bruchschaden betreffen. Aus der Aufstellung des Bücherrevisors gehe jedoch hervor, daß die Ausgabe für Bruch niedriger war als die Einnahme. Die Aufwendungen für Ausbesserung der Möbel dürfen der Bruchkasse nicht zur Last gelegt werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände sei die Ausgabe mit 4258 M. etwa um die Hälfte geringer als die Einnahme. Deshalb müsse dem Kläger auch die Hälfte der von ihm gezahlten Beiträge zurückerstattet werden. So setzt sich die durch Urteil zugewiesene Summe zusammen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
 Strausener Viertel, Bezirk 319 I.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Zimmerer
Franz Dittmann
 Remeler Str. 16a, verstorben ist
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Zentral-Friedhofes in Fried-
 richshöhe aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 220/2

Statt Karten.
 Am 27./II. verstarb nach kurzen
 aber schweren Leiden mein lieber
 treuer Genosse, der Wähe-
 zugschneider
Adolf Becker
 im 54. Lebensjahre. 12015
 Im Namen der Hinterbliebenen
 Frau Anna Becker geb. Seatar.
 Tegel, Schloßstr. 23.
 Die Einäscherung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 5 Uhr, im Krematorium
 in der Gerichtstraße statt.
 Kranzpenden verbeten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen und Kolleginnen
 zur Nachricht, daß unser Mitglied,
 der Jellendauer
Berthold Ramlau
 an Lungenleiden gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Johanneiskirchhofes in
 Köpenick aus statt.
 Den Kollegen ferner zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied, der
 Dreher
Rudolf Mischkal
 Mehnstr. 45, gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gethsemanekirchhofes,
 Nordend-Niederhagenhausen, aus
 statt.
Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 122/20 Die Ortsverwaltung.

**Bausparverein Tegel-
 Borsigwalde.**
 Den Mitgliedern zu Nachricht,
 daß unser langjähriger erster Vor-
 sitzender, der Wemse
Adolf Becker
 nach kurzem, schwerem Leiden
 plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 5 Uhr, im Rätlichen
 Krematorium in der Gerichtstraße
 statt. 12026
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 12026

Reinigungsmittel
**Feld-
 Packung**
M. 1.20
 (Porto 10)
**Gicht, Zehftas, Ner-
 ven- u. Ersätzung-
 schmerzen, Ge-
 schwulst d. Blase re.
 Reichel's
 Elektricum**
 ein äußerst schnell
 wirkendes Naturpro-
 duct, von nicht nur
 oberflächlicher, sondern
 kräftig durchgreifender,
 wohlthuend schmerzstillender Wirkung.
 Seit fast 25 Jahr. bewährt. Heilerfolge!
 Man nehme nur „Echt Elektricum“!
 N. R. I. u. 2. — In Drogerien er-
 erhältlich, wenn nicht, wende man sich an
 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

**FL. 1.50
 u.
 2.00 M**

**Feurig-
 Süßer**
Santa Lucia
Stärkungs-Rotwein.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der Zimmerer**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Franz Dittmann
 Remeler Str. 16a
 am 27. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des hiesigen Zentral-Fried-
 hofes in Friedrichshöhe aus statt.
 253/7 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Waldverein
 Kreis Niederbarnim,
 Bezirk Tegel.**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser aller und langjähriger
 Genosse, der Wähezugschneider
Adolf Becker
 nach kurzem, schwerem Leiden im
 Alter von 54 Jahren, am Sonn-
 abend, den 27. Februar, ver-
 storben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 5 Uhr, im Krematorium
 in der Gerichtstraße statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 12003 **Die Bezirksleitung.**
 Die Sänger treffen sich um
 3/4 Uhr im Lokal von Lehnhardt.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Den Mitgliedern die traurige
 Nachricht, daß unser Kollege
Robert Kammler
 nach langem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 2. März, nachmittags
 1 Uhr, auf dem Reußdiner Ge-
 meinde-Friedhof, Mariendorfer
 Weg, statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 24/19 Die Ortsverwaltung.

Den Heldentod fürs Vaterland
 nach am 13. Februar im Stappen-
 lazarett zu Vouziers (Frankreich)
 infolge seiner erlittenen schweren
 Verwundung der Landsturmmann
Friedrich Hoffmann
 Wollereibesitzer
 im Alter von 41 Jahren.
 Du zogst hinaus fürs Vaterland,
 Verließest traurig Deine Lieben,
 So nun Dein teures Leben schwan-
 in Feindesland bist Du geblieben.
 Doch dessen Schmerz ist un-
 erloschen.
 Wer hier im Leben nach Dir stand,
 Der wird Dich sicher nicht ver-
 gessen.
 Und nie zerreißen wird das Band.
 Doch schlaun're laßt in fremder
 Erde,
 Gebettet nun zu ew'ger Ruh',
 Doch nur die Hülle leicht Dir
 werde,
 Deckt Lieb' und Freundschaft
 Dich nun zu. (11918)
 Als Nachruf gemeldet von
 Jean Röhrig und Familie
 Fritz Fischer und Familie
 Hugo Pöschel und Frau
 Cbr. Schulz und Familie
 Emil Karg und Frau
 Helmut Tamaschke und Frau.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin C., Direksenstraße 20
 zwischen Bahndorf Alexanderplatz und
 Volksteatervorplatz. — Amt. Kst. 3208.
 Für Damen Frauen-Bedienung.
 Lieferant für alle Krankenkassen.

**Kennen Sie die Wohltat
 einer Leibbinde?**
 Sämtliche Systeme am Lager
 resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller
 Art.
 Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist
 Berlin N., Lothringer Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen.

**Zentralverband der Zimmerer
 Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin und Umgegend,
 Bezirk 4.
 Den Beitragsgenossen zur Nach-
 richt, daß unser langjähriger
 Mitglied und Bezirksflossierer
Franz Dittmann
 am 27. Februar an einem Leber-
 leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Mit-
 twoch, den 3. März 1915, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Zentral-Friedhofes in Fried-
 richshöhe aus statt. 255/8
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Kollege, der
 Lagerist
Richard Barth
 von der Jama J. D. Rommikus
 u. Söhne
 am 26. Februar im Alter von
 56 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 2. März, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle der Simeons-Gemeinde,
 Mariendorfer Weg, aus statt.
 61/10 Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Verband der Bütcher,
 Weinküfer u. Hilfsarbeit. Deutschl.
 Filiale Berlin.**
 Als Opfer des Weltkrieges starb
 auf dem Schlachtfeld in Frank-
 reich am 17. Dezember 1914
 unser bravest Mitglied
Otto Schultz
 (geb. in Jülich) im Alter von
 32 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 22/10 **Der Vorstand.**

**Ordnerschaft der Neuen Irelen
 Volkshöhne.**
 Am Sonntag, den 28. Februar,
 starb unser Vereinskollege, der
 Ordner-Obmann
Rudolf Kischkat
 Gleimstr. 45.
 Die Beerdigung findet am Mit-
 twoch, den 3. März, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Gethsemanekirchhofes in Nieder-
 Schönbäumen - Nordend, Blaken-
 felder Straße aus statt. 244/30

Asthma
 mit Hustenanfällen
 und starker Ver-
 schleimung findet wirks-
 same Hilfe durch Reichels
**Echte Asthma-
 tropfen.** beruht durch ihre
 Wirkung auf die Bronchien-
 erweiterung.
 Fl. 2.50. Otto Reichel, Berlin 43,
 Eisenbahnstr. 4.

J. Baer
 Ecke
 Badstr. 26 Prinz-Allee
 Herren- und Knaben-
 Moden, Berufskleidung.
 Elegante Paletots,
 Eleg. Einsegnungs-
 züge in jed. Preislag.
 Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung
 Billigste, feste Preise.

Am 28. Februar entschlief nach
 nach schwerem Leiden mein innig-
 geliebter Mann, unser guter Sohn,
 Schwiegerjohn, Bruder, Schwager
 und Onkel
Rudolf Kischkat
 im 40. Lebensjahre.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des Gethsemanekir-
 chhofes, Nordend, aus statt.
 Um stilles Beileid bitten im
 Namen der Hinterbliebenen
Martha Kischkat geb. Materna,
 Gleimstr. 45.

Allen Freunden und Bekannten
 die schmerzliche Nachricht, daß am
 27. Februar mein innigstgeliebter
 Mann, unser guter Vater, Groß-
 vater, Schwiegervater und Freund,
 der Tischler
Otto Uhrbach
 im 69. Lebensjahre nach langen
 Leiden sanft entschliefen ist.
 Dies zeigen tiefbetrauert, um
 alles Beileid bittend, an
Anna Uhrbach nebst Kindern
 und **Hermann Luckow,**
 Grefenbagerer Str. 7.
 Ihm die Ruhe, uns der Schmerz.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 3. März, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Apollon-Christophus-Kirchhofes
 aus nach dem Städtischen Friedhof
 in der Wüllerstr. 44 statt. 11935

**Krankenkasse der Personen-
 Lohnfuhrwerks-Fahrung
 Berlin.**
Bekanntmachung.
 Vom 1. März d. J. ab sind die
 Beiträge auf den früheren Satz von
 3,8 Proz. des Grundlohnes berab-
 gesetzt worden. 280/15
Der Vorstand.
 R. A. W. R n d s, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
 In der außerordentlichen General-
 versammlung der „Berolina-
 Pfeifenfabrik-Produktionsgenossen-
 schaft (G. S. m. b. H.)“ zu Schöne-
 berg, Sachsen am 4. vom
 28. November 1914 wurde die Auf-
 lösung der Genossenschaft beschlossen.
 Zu Liquidatoren wurden die Herren
 Heinz Dürhold und Wih. Westphal
 ernannt. Einmalige Gläubiger wollen
 sich melden. 102/7

**50 Pfenninge
 WOHLEN-PATE**
 Mit


bieten wir jedem Ge-
 lohenheit abgebildete
moderne Zugampel
 (Schmiedeeisen) ohne
 Preisaufschlag mit
 Mk. 18 anzuschaffen.
 Da Hängelicht bekannt-
 lich
 40-60 Proz. Gasersparnis
 erzielt, sind die Anschaffungskosten
 bald gedeckt. Falls andere
 Kronen erwünscht, entsenden
 wir Vertreter mit Abbildungen
 ohne Kaufverpflichtung.
**Kronleuchterfabrik
 Gustav Baum & Co.,**
 Neue Schönhauser Str. 11.
 Verkaufsgeschäft: Münzstr. 20.
 Bei Bestellungen bitten wir am tele-
 phonischen Anruf: Amt Norden 8066.

Am 26. Februar, 6 1/2 Uhr
 abends, verstarb meine liebe
 Frau, unsere gute Mutter
Marie Müller
 geb. Zimmermann.
 Dies zeigen betrübt an
Albert Müller u. Söhne.
 Die Beerdigung findet Mit-
 twoch, nachmittags 4 Uhr, von der
 Halle des Friedhofes in Friedrichs-
 höhe aus statt. 11923

H. & P. Uder,
 Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
 G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.

Reuters Werke
 3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

H. & P. Uder,
 Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
 G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.

H. & P. Uder,
 Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
 G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.

H. & P. Uder,
 Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
 G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.

Stimmen aus der Parteipresse.

Die Angst vor den Konsequenzen.

Unter dieser Überschrift nimmt der „Vollstrecker“ in Karlsruhe zu der Rede des Genossen Heine in Stuttgart Stellung. Einleitend bemerkt er:

Unter dem Stichwort „Konsequenzen“ druckte der „Vorwärts“ einen Auszug aus der Rede ab, die Genosse Reichstagsabgeordneter Heine in der großen Stuttgarter Versammlung gehalten hat. Der „Vorwärts“ und einige andere Parteiblätter versuchen, die Waffen gegen die „gefährlichen“ Konsequenzen der Heineschen Rede mobil zu machen. Wer die Parteigeschichte kennt, weiß, daß es immer diese Angst vor den Konsequenzen war, aus welcher die Parteifunktionäre hervorgegangen sind. Unsere Taktik ist deshalb bis auf den heutigen Tag nicht konsequent, weder nach der radikalsten, noch nach der reformistischen Seite hin. Die Angst des „Vorwärts“ vor der Partei drohenden Gefahr ist verständlich, wenn man liest, was Heine in Stuttgart ausgeführt hat. . . .

Wer die Rede Heines ohne Voreingenommenheit liest, wird finden, daß er auch nicht mit einem Wort irgendeines von den in unserem Programm niedergelegten Prinzipien verleugnet hat. Er steht wie wir alle auf dem Boden des Klassenkampfes, kämpft mit uns bemüht für die Verwirklichung der sozialistischen Endziele. Das ist das Wertvolle, durch welches die Sozialdemokratie sich von den bürgerlichen Parteien unterscheidet, nicht aber die irrigen Ableitungen, die man aus unserem sozialdemokratischen Programm gezogen hat.

Was hat denn die „politische Negation“, gegen die Heine sich gewandt hat, mit den sozialistischen und demokratischen Prinzipien gemein? Wo steht denn in unserem Programm geschrieben, daß wir den Klassenkampf „prinzipiell negieren“ müssen, daß wir „prinzipiell“ uns nicht an der Regierung beteiligen dürfen, daß wir „prinzipiell“ das Budget ablehnen müssen? In diesen „Prinzipien“ dokumentiert sich nur die Furcht vor den Konsequenzen der politischen Arbeit, die Angst, politische Verantwortung auf sich nehmen zu müssen und nicht mehr ins Blaue hinein bloß bellamieren und rasonieren zu können, weiter nichts.

Allein, die Entwicklung steht nicht still, auch bei der Sozialdemokratie nicht. Es gibt keine Rettung vor den „Konsequenzen“, sie müssen gezogen werden. Am 4. August hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine „rettende Tat“ vollbracht, die ganz von selbst die befürchteten Konsequenzen nach sich zieht.

Die Weltgeschichte läßt sich nicht rückwärts rückwärts und am 4. August hat sich ein Stück Weltgeschichte abgespielt. Es gibt hier kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. Die Angst vor den Konsequenzen muß vor dem Willen zur Tat das Feld räumen.

Der „Steifener Volksbote“ schreibt: In einer Versammlung in Stuttgart hat der Reichstagsabgeordnete Genosse Heine Fragen aufgeworfen, die ein gewisses Interesse beanspruchen. Seine stellte eine Art Programm auf für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie. Er wünscht, daß die Partei mit Pauken und Trompeten-Trara in das Lager des Bürgertums einmünden soll. Hierbei wird ja, wenn es auch jetzt nicht möglich ist, trotzdem der Parteivorstand den Partei-Vorgesetzten aufgehoben hat, nach dem Kriege eine ungefähre Aussprache gepflogen werden. Damit dann unsere Parteigenossen nicht uninformiert sind, drucken wir nachstehend die Heinesche Rede ab. Wir empfehlen sie jedem einzelnen Parteimitgliede zum aufmerksamen Studium. Daß wir den bürgerlichen Sozialismus um dem Genossen Heine und seinem Häuflein Getreuer überlassen, brauchen wir wohl nicht noch besonders zu betonen.

Und die „Frankfurter Tribüne“ erklärt am Schlusse einer „Es gibt keine Parteien mehr!“ überschriebenen kurzen Notiz:

Die Rede Heines hat in allen bürgerlichen Kreisen so gewaltiges Aufsehen gemacht, daß sie nicht nur in der kurzen Wiedergabe des Wolffschen Bureaus, sondern auch ausgedehnter in fast allen größeren bürgerlichen Zeitungen abgedruckt wurde und den Vorzug genoss, von allen bürgerlichen Organen aller Parteischattierungen beifällig aufgenommen zu werden. Kommt man mehr verlangen?

Aus der Partei.

Landtagskandidatur in Mannheim.

Im Kreise des verstorbenen Genossen Löhnd hat demnächst eine Landtagskandidatur stattgefunden. Eine Parteikonferenz im Landtagswahlkreis beschloß, nachdem sich zwischen mehreren Kandidaten nahezu Stimmengleichheit ergab, eine Abstimmung über die Kandidatenaufstellung vorzunehmen. Diese Abstimmung hat am Sonntag stattgefunden; es erhielt der frühere Landtagsabgeordnete Genosse Lehmann 37, Parteisekretär Strobel 470 Stimmen. Strobel ist also als Kandidat aufgestellt. In seiner Wahl ist nach den Vereinbarungen der Parteien in Baden nicht zu zweifeln.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsarbeit in der Kriegszeit.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission berichtet in seiner letzten Nummer über die Erhebungen, die am 30. Januar über die Lage der deutschen Zentralverbände vorgenommen wurden: Feststellungen darüber, welchen Einfluß der Krieg auf die Gewerkschaften ausübt, wurden Anfang September und am 31. Oktober 1914 gemacht. Zu gleichen Zeitabschnitten hätte eine Erhebung Ende 1914 erfolgen müssen, doch wurde davon abgesehen, weil der Abschluß der Weihnachtarbeiten und die übliche Inventuraufnahme einen abnormen Stand der Arbeitslosigkeit gezeigt haben würde. Deswegen wurde eine weitere Erhebung bis zum 31. Januar hinausgeschoben.

Die Gewerkschaften hatten am Schluß des Jahres 1913 eine Mitgliederzahl von 2 519 236, die Anfang September 1914 infolge Einziehung der Mitglieder zum Kriegsdienst auf 1 745 468, am 31. Oktober auf 1 640 824 und am 30. Januar 1915 auf 1 608 366 sank. Zum Kriegsdienst waren nach den Berichten der Verbandsvorstände eingezogen:

Table with 2 columns: Date and Member Count. Rows: Anfang September 889 735 = 37,7 Proz. der Mitglieder; 31. Oktober 661 005 = 31,3; 30. Januar 1915 780 594 = 34,1.

Die Zahl der zum Heere berufenen Mitglieder ist jedenfalls höher, denn die Verbände der Zentralverbände berichten, daß nur die Mitglieder verzeichnet wurden, bei denen durch Abmeldung oder Einlieferung des Mitgliedsbuches nachgewiesen ist, daß sie zum Kriegsdienst einberufen sind. Auch die zum Heeresdienst als Reservisten eingezogenen Mitglieder, deren Zahl erklärlicherweise weit höher ist als in anderen Jahren, sind in den Zahlen größtenteils nicht enthalten. Daraus ergibt sich, daß die Mitgliederzahl am 30. Januar 1915 geringer ist, als sie nach Abzug der zum Kriegsdienst Eingezogenen nach dem Stande am Schluß des Jahres 1913 hätte sein müssen. Eine Verminderung der Mitgliederzahl durch Austritt aus den Organisationen ist jedenfalls nicht zu verzeichnen. Viele Verbände berichten im Gegenteil über verhältnismäßig nicht geringe Neueintritte von Mitgliedern.

Am 31. Oktober hatten die Verbände 11 206 Zweigvereine, von denen 9432 Berichte geliefert hatten. Am 30. Januar 1915 waren nur 11 003 Zweigvereine vorhanden. Es haben aber 9894 berichtet.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den Gewerkschaften erfreulicherweise wiederum absolut wie auch prozentual vermindert. Es wurden Arbeitslose gezählt:

Table with 2 columns: Date and Member Count. Rows: Anfang September 370 126 = 21,2 Proz. der Mitglieder; 31. Oktober 175 500 = 10,7; 30. Januar 1915 96 393 = 6,0.

Auch die Zahl der bei verkürzter Arbeitszeit und mit gekürztem Lohn Beschäftigten hat sich seit Oktober 1914 etwas verringert. Am 31. Oktober wurden 122 545, am 30. Januar 1915 dagegen 109 625 nicht vollbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften gezählt. Zweifellos ist der größte Teil der Arbeiter in Industrien tätig, die Material für Kriegszwecke herstellen. Es ist eine Verschiebung von Arbeitskräften aus dem einen in den anderen Beruf erfolgt, die man vor einem Jahre kaum für möglich gehalten hätte. Wenn zum Beispiel in der Ausstattungsindustrie (Fabrikation von Tornieren, Patronentaschen und dergleichen) in normalen Zeiten circa 2000, in dieser Zeit aber mehr als 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind, so erklärt es sich, daß auch in den Berufen, die durch den Krieg schwer betroffen wurden, eine Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Hat die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften sich auch allgemein verringert, so ist sie in einzelnen Berufen doch noch außerordentlich hoch. Bei den Verbänden, die Anfang September 1914 weniger als 10 Proz. Arbeitslose hatten, ist zum Teil sogar eine Steigerung der Arbeitslosigkeit eingetreten.

Bei den Gärtnern und Steinarbeitern erklärt sich die Erhöhung der Arbeitslosenziffer aus der Behinderung der Arbeitsfähigkeit im Freien infolge der Witterungsverhältnisse. Bei den Bädern dürfte

die Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen durch das Verbot der Nachtarbeit in den Bädereien, bei den Gleisern dadurch herbeigeführt sein, daß einzelne Konfervenfabriken ihren Betrieb eingeschränkt haben, weil der Bedarf gedeckt ist.

Die Gewerkschaften haben durch die Hilfe, die sie den Arbeitslosen boten, gezeigt, welche enorme volkswirtschaftliche Bedeutung sie haben. In den sechs Kriegsmonaten haben sie 17 783 000 M. an die Arbeitslosen und 6 180 000 M. an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt.

Berlin und Umgegend.

Ein erhebendes Zeichen von Solidarität haben eine Anzahl zum Kriegsdienst eingezogener und in die erste Feldbäckerei des Gardekorps Kommandierte Mitglieder des Bäckerverbandes gebracht. Sie veranstalteten eine Sammlung zur Unterstützung von in Not geratenen Kriegsteilnehmern, die dem Verbandsangehörigen, oder von deren Familien. Von ihrer gewiß fargen Kriegslöhnung brachten die Braten 42,50 M. auf, die der Verwaltung Berlin des Verbandes der Bäcker und Konditoren zur Verteilung an die Berechtigten nach freiem Ermessen zugestellt wurden.

Die Ortsverwaltung des Bäckerverbandes hat diese Summe nebst 15 M., die ihr vor einiger Zeit von vier Verbandsmitgliedern der Bäckerei Klüdermann zugewiesen wurden und dem gleichen Zweck dienen sollten, ihrem neugegründeten Kriegsnofonds überwiesen und nimmt an, damit im Sinne der edelmütigen Geber gehandelt zu haben.

Achtung, Zimmerer! In zwei Berliner Zeitungen war am Sonntag je eine Annonce enthalten, wonach 300 Zimmerleute bei hohem Lohn für außerhalb sofort gesucht werden. Die Meldungen der Arbeitslosen sollten am Montag vormittags 10 Uhr, Leipziger Straße 112, Ecke Rauerstraße, 4 Treppen, vor sich gehen. Unterschrieben war die Annonce mit: Wolgaster Holzhäuser.

Wir haben nun am Montagvormittag an Ort und Stelle Erkundigungen eingezogen, wobei uns von einer Anzahl Kameraden berichtet wurde, daß sich schon vor der festgesetzten Meldezeit circa 300 bis 350 Arbeitslose eingefunden hatten, wovon aber nur 40 bis 50 Mann eingestellt worden sind. Nachdem dies geschehen, sei der Portier des Hauses angewiesen worden, Arbeitslose in das Haus nicht mehr hereinzulassen.

Abgesehen von einer detarierten Sondlungsweise, 300 Zimmerleute in den Zeitungen zu verlangen und hernach nur 40 bis 50 Mann einzustellen, ist den eingestellten Zimmerern dann mitgeteilt worden, daß sich die Arbeitsstelle in Östpreußen befindet und daß sie einen bestimmten Wochenlohn erhalten sollen.

Da am Mittwoch früh nun die Reise losgehen soll und wir auf diesem Gebiete, namentlich während des Krieges, schon die verschiedenartigsten Erfahrungen gesammelt haben und die verschiedenen Prozesse in der Regel die Folge davon sind, insbesondere aber dann, wenn man nichts schwarz auf weiß hat, so möchten wir nicht unterlassen, die betreffenden Zimmerer auf diesem Wege darauf aufmerksam zu machen, sich vor ihrer Abreise nach Östpreußen zu vergewissern, wo er und was „Wolgaster Holzhäuser“ ist und ob „Wolgaster Holzhäuser“ auch für den zugekauften Lohn aufkommt. Weiter für wieviel Tage in der Woche der Lohn berechnet und wieviel Stunden am Tage für diesen Lohn gearbeitet werden soll. Ob die Hin- und Rückfahrt entschädigt wird. Ob „Wolgaster Holzhäuser“ auch eine Entschädigung während der Reise gewährt, wie es mit den Quartierverhältnissen bestellt ist, wie und wann die Lohnzahlungen erfolgen, und ob bei Krankheit und Einberufungen zum Militär die Rückreise vergütet wird.

Genug, es liegt im Interesse dieser unserer Kameraden, sich vor ihrer Abreise nach dort hin mindestens über diese Punkte Gewissheit zu verschaffen, damit sie an Ort und Stelle nachher keine Enttäuschung erleben. Der Vorstand.

Das Berliner Buchdruckgewerbe und der Krieg.

Interessante Einblicke in die Wirkung des Krieges auf das Berliner Buchdruckgewerbe gab der Vorsitzende des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer in der Generalversammlung dieses Vereins erstattete Jahresbericht für 1914. Aus demselben ging hervor, daß der Geschäftsgang in Berlin bis zum Ausbruch des Krieges ein wesentlich besserer als im Vorjahre war, was sich schon daran zeigt, daß in dieser Zeit 15 Setzmuschinen, 29 Zigarettdruckpressen, 41 Schnellpressen und 4 Rotationsmaschinen neu aufgestellt wurden. Am Jahresschluß waren demnach vorhanden: 704 Setz- und Giechmaschinen, 2900 Zigarettdruck- und Postpressen, 3205 Schnellpressen, 682 automatische Bogenanleger, 60 Willetrotationsmaschinen, 6 Flachdruckrotationsmaschinen, 255 Rotationsmaschinen, 6 Offsetpressen, 45 Hand- und 109 Komplett-Giechmaschinen. Daß der größte Teil der Druckereien reichlich beschäftigt war, geht auch daraus hervor, daß nach einer Statistik

Der Kampf um das Gehöft.

In fesselnder Weise schildert Charles Tardieu, ein Redakteur des „Figaro“, der als Unteroffizier in der Front steht, in seinem Blatte eine Episode aus den blutigen Kämpfen in der Champagne: „Eine endlose Winternacht liegt hinter uns“, schreibt er, „Wir haben sie auf dem Bahnhöfen, auf spitzen und holprigen Steinen liegend, zugebracht. Gegen 7 Uhr dringen gedämpfte Stimmen und das Klirren der Bajonette an unser Ohr. Wir wissen nicht, ob wir zwei Stunden oder nur zwei Sekunden geschlafen haben. „Auf!“ erschallt der Kommandoruf. Vergessen ist die lange Nacht, vergessen das harte Steinlager auf dem Bahndamm. Wir ziehen im Gänsemarsch dahin, auf schmutzigen Pfaden, die Pfeife im Munde und ein Scherzwort auf den Lippen. „Heute wird's marn, Kinder!“ sagt ein Späzpoel. „Numeriert eure Anoden!“ Ein neuer Kommandoruf: „Halt!“ Jetzt wird's ernst. Ein paar deutsche Granaten fliegen über unsere Köpfe hinweg, mit dem Geräusch rollender Förderlaren. Und jetzt beginnen auch unsere Geschütze ihren Morgengefang.

Vor uns liegt eine weite Ebene, eine endlose Reihe von Rübenfeldern; hier und da sind kleine Erlebensbüsche und Älmen zu sehen. Auch eine Landstraße schneidet das Gelände. Links, am Rande dieser Landstraße, sieht man ein paar statliche Gebäude, die von einem Mauerreiter eingeschlossen sind: es ist das Gehöft von M. Die Deutschen haben sich dort eingenistet, und wir sollen sie daraus vertreiben. Jägernden Fluges kreisen deutsche „Tauben“ über dem Gelände. Hat man uns vielleicht schon entdeckt? Die schweren deutschen Geschütze beschreiben systematisch ein in unserer Nähe befindliches Heines Gehöft; die Geschütze schlagen aber glücklicherweise etwa 300 Meter hinter uns ein. Man befiehlt uns, mit den Juaben und den Schützen voranzugehen. Wir schauen einander an, ernst und ein bisschen nervös. Das Lothen ist uns vergangen, und es wagt niemand mehr zu scherzen. Man öffnet die Patronenrädchen, prüft den Gewehrverschluss, sichert Bajonett und Tornierriemen. Obwohl wir die Eigenart dieser spannungsvollen Minuten bereits zur Gewönne kennen, fallen sie uns doch auf die Nerven, was unsere Stille, unsere Worte, unsere Bewegungen verraten. Wir begeben uns nicht zum erstenmal in Gefahr, aber selbst die Verengten unter uns erinnern sich in solchen Augenblicken der vertrauten Gesichter einflussiger Kameraden, die nun für immer verschwunden sind. Und jeder fragt sich, wo von den jetzigen Kameraden wohl bereits unsichtbar vom Tode gezeichnet ist. Vielleicht rauchen jetzt einige unter uns ihre letzte Pfeife, ihre letzte Zigarette. . . . Endlich kommt der Befehl zum Vorwärts. Die Patrouillen

Juaben und algerische Schützen — schwärmen aus. Die deutschen Geschütze bestreuen immer noch das Gehöft. Eine Feldbatterie, die zu unserer Rechten aufgeföhren ist, fällt in den Chorus ein. In den Hauptquartierberichten heißt das: Artillerieduell. Eine Patrouille gibt uns schließlich das Zeichen, daß ein 500 bis 600 Meter entferntes Gehöft unbesetzt ist, und wir treten auf einen Pfiff aus unserer Deckung hervor. Im Laufschrift stürmen wir ins offene Gelände hinaus, planiert von roten Juaben und weißen algerischen Schützen. Das Geschützfeuer nimmt von Minute zu Minute an Heftigkeit zu. Man hat drüben unser Detachement aus dem Walde bemerkt, denn dort, wo wir stehen erst getöndet, schlagen bereits Granaten ein. Und dann plagen die Granaten dicht über unseren Köpfen. Wir werfen uns platt auf die Erde. Leider zu spät. Ringsum ertönt bereits das Stöhnen und Jammen der Getroffenen. Da wölgt sich einer mit zerfetztem Bein auf der Erde. Andere werden nie wieder aufstehen, ihre Köpfe, ihre Leiber sind in Stücke gerissen. Man muß die armen Opfer liegen lassen. Unsere Herzen sind längst abgehärtet, und das blutige Schauspiel läßt uns beinahe gleichgültig. Nur einen Augenblick lang legt es sich wie Flor um unsere Augen, dann krampfen sich unsere Häute fest um den Gewehrgriff. Außer Atem erreichen wir endlich den Waldsaum. . . . Das Gehöft liegt vor uns, und in verschimmelter Ferne erkennen wir die Höhenzüge, von denen herab die deutschen Geschütze Tod und Verderben speien. Scheinbar verdedet liegt der Nachhof dort drüben; doch zwischen uns und ihm liegen, kaum wahrnehmbar, die langgestreckten deutschen Schützengraben. Wiederholend wir das Gehöft sicher nicht bekommen. Schon wieder kreist eine „Taube“ dicht über uns. Plötzlich läßt sie eine Feuerkugel fallen; und nach zwei Minuten sendet uns auf dieses Zeichen hin eine deutsche Batterie ihre warmen Grüße. „Die Marinejäger sind hier!“ schreibt unser Hauptmann. Hirschend laufen uns die feindlichen Geschütze entgegen. Gedacht stürmen wir über das freie Gelände hin. Die tausend Wiener schwirrt es um unsere Ohren. Hinter uns fallen mächtige Granaten mit entsetzlichen Getöse ein. Unauslöschlich glüht der Donner der Geschütze, die Kugeln pfeifen, in zerlaufenden Schollen wirbelt die aufgewühlte Erde auf. Wie Feldhasen hüften die Juaben zu unserer Linken weiter, während zur Rechten die algerischen Schützen, seltsame Achtläufe ausstehend, sich an uns ansetzten. Plötzlich schlagen dicht beim Gehöft, auf der Landstraße, ein paar Granaten ein. „Aha! Nun beginnen unsere Geschütze sich zu melden!“ meint mein Nachbar. „Auf! Marsch, Marsch!“ ruft unser Hauptmann, dessen Arm durchschossen und eben notdürftig verbunden worden ist, indem er sich vom Boden erhebt. In diesem Augenblick sinkt er, von drei Kugeln getroffen, in die Anie. Er versucht noch einmal den Degen zu ziehen, wendet uns sein blut-

überströmtes Antlitz zu und feuert uns zum Sturm an. Dann stürzt er. Der Leutnant springt vor. Ein Schöhen ringt sich aus aller Brust, und wie wahnsinnig stürmen wir vor. Granaten, Schrapnell, Gewehrflügel schlagen hagelartig in unsere Reihen ein und reißen lassende Läden. Viele fallen, ohne nur einen Schrei ausgestoßen zu haben, wie vom Blitz getroffen. Andere wälzen sich wehklagend in ihrem Blute, wieder andere brechen mit einem Ruch zusammen. Man hat das Gefühl, in einem Rech von Eisen und Blei vorzudringen, inmitten eines Schwärmes stehender Bienen. Auch der Leutnant fällt. „Halt!“ kommandiert der Offiziersstellvertreter. Nach Luft schnappen, werfen wir uns auf die Erde. Bie viele mögen wohl gefallen sein? Niemand weiß es, und niemand kümmert sich darum. Wir sind außer Atem, in Schweiß gebadet, die Kehle ist wie ausgetrocknet, die Herzen krampfen sich in fürchterlicher Spannung, der Puls klopfet und hämmert, die Ohren sind von einem betäubenden Brausen erfüllt. Und immer noch toben die Geschütze weiter, immer noch weben die Gewehrflügel ihr summendes Rech um uns und giften in den Runkelrübenblättern. . . .

Das Kommando: „So schnell wie möglich kriechend vorbringen!“ erschallt. Und schon geht es auf allen Vieren durch den aufgewühlten Ader. Man sieht nur noch die wellenförmigen Bewegungen unserer Rücken im Rübenfeld. Der Schweiß rinnt uns in die Augen und macht uns blind. Vaaa, vaaa, vaaa, vaaa, päng, päng, bumm, bumm, Kraach, Kraach, erklingt die Schellenmusik. Alle Geister der Zerstörung und ihre Helfershelfer scheinen in diesem irdischen Winkel der Champagne aufgeföhrt zu sein. Hundert, zweihundert, dreihundert Meter legen wir auf diese Weise ohne große Verluste zurück. Immer noch lobt unsere Artillerie hinter uns weiter. Werden sie uns etwa gar in den Rücken schießen? Wenn sie doch endlich mit ihrem Segen aufhören möchten! Plötzlich erhebt sich ein Juabenunteroffizier ferngerade, indem er einen Zipfel seines Mantels an der Spitze des Bajonetts wild hin und her schwenkt. Zwei Sekunden nur bleibt er aufrecht, dann bricht er, von Kugeln durchlöchert, zusammen. Aber sein Opfer war nicht umsonst. Der Beobachtungsoffizier hat ihn gesehen: noch einmal rollen die Geschütze, dann verstummen sie. Kommandoruf erschallen dicht hinter uns, und wir rennen, mit vorgehaltenem Bajonett, wie die Befehlener brüllend, gegen den feindlichen Schützengraben an. Da plötzlich steht an den beiden Enden des feindlichen Grabens das entsetzliche, entwerdende Katastrophe der Maschinengewehre ein, uns im Halbkreis niedernehmend. Sie spielen tief. Die in die Reine getroffenen Soldaten machen seltsame, labenartige Sprünge. . . . Es knirscht sich dann ein richtiges Handgemeine um den Befeh des Hofes, und über den Häuptern der kämpfenden brüllen die Kanonen ihren endlosen, granatenerregenden Chor. . . .

Aus Groß-Berlin.

Bedenkliche Praktiken.

In den Schulen, besonders in den höheren, werden seit einigen Wochen die Schüler aufgefordert, Goldstücke bei ihren Angehörigen und Verwandten zu sammeln und gegen Umwechslung abzuliefern. Niemand wird dagegen etwas einzuwenden haben. Und es sind auch bereits ganz beträchtliche Summen in Gold auf diesem Wege zusammengebracht und der Reichsbank abgeliefert worden.

Der Sammelmeister der Schüler darf aber in keinem Falle angeregt und angereizt werden durch Mittel, die aller Pädagogik und auch den Unterrichtszwecken der Schule widersprechen.

Kommen da dieser Tage meine Vuben aus der Schule heim und noch vor dem üblichen Tagesgruß riefen beide, wie aus einem Munde:

„Vater, hast Du Gold? Gib uns doch alle Goldstücke für die Schule!“

Ich mußte lächeln über die kindliche Ratlosigkeit, die in dieser Frage und Bitte lag. Mein Gott, als wenn heutzutage ein Schriftsteller, der vor allem das Menschliche betont, noch Gold im Hause hätte! Er ist herzlich froh, wenn sich einmal ein kleiner Papierschrein oder ein Silberling in seine Tasche verirrt. Aber ich fragte trotzdem meine Vuben:

„Was will denn eure Schule mit dem Gold?“

„Das wird alles abgeliefert,“ antworteten sie, „alles kommt in die Reichsbank. Und wer sein Gold nicht hergibt, der hat nur Schaden, sagt der Herr Lehrer; denn vom 1. März an gibt es für jedes Goldstück zwei Mark weniger. Wer aber jetzt es abgeliefert, der kriegt noch zwanzig Mark.“

„So?“ sagte ich, „hat das wirklich euer Herr Lehrer gesagt?“

„Ja“, antworteten beide fest, „er hat es gesagt.“

Ich fand das bedenklich, daß den Kindern ein derartiger, vollkommen berechtiger Grund angegeben wurde, um die Goldstücke bei den Eltern, Verwandten und Bekannten locker zu machen. Der augenblickliche Zweck mag ja damit erreicht werden; aber es wird dadurch auch Unsicherheit und Verunsicherung ins Volk getragen. Ich behielt natürlich, um die Autorität des Herrn Lehrers bei meinen Vuben nicht zu erschüttern, diese Gedanken für mich.

Der jüngere meiner Vuben schmeichelte: „Vater, gib mir doch ein Goldstück mit. Weißt Du, wenn ich eins mitbringe, dann brauche ich an dem Tage keine Schularbeit zu Haus machen.“ Und der ältere fiel ein: „Ja, und wer das meiste Gold mitbringt, der kriegt eine ganze Woche keine Schularbeit auf!“

„So?“ sagte ich wieder. „Und wer hat denn das gesagt?“

„Der Herr Lehrer!“ bestätigten alle beide. „Wer ein Goldstück mitbringt, kriegt für einen Tag keine Schularbeit auf, und wer das meiste mitbringt, braucht die ganze Woche keine Schularbeit machen. Gib uns doch ein Goldstück mit. Weißt, wir gehen dann noch — —“ Und sie wollten zu einer Reihe von Bekannten gehen und um Goldstücke bitten.

Das machte mich wieder sehr bedenklich. Also ein Schüler, dessen Eltern, Angehörige und Bekannte so glücklich sind, noch recht viele Goldstücke auf Lager zu haben, sollte den Vorzug erhalten — nein, den Nachteil erleiden, einen Tag oder eine Woche die zum Unterricht so notwendigen Schularbeiten nicht machen zu brauchen! Ich hielt das für eine sehr unpädagogische Art, den Sammelmeister der Kinder anzureizen. Aber ich verberg auch diese Gedanken meinen Vuben und sagte ihnen nur:

„Na, die Schularbeiten tun Euch ganz gut und macht sie mir immer ordentlich. Damit Ihr sie nicht machen braucht, deswegen gebe ich Euch keine Goldstücke mit. Aber euer Vater hat auch gar keine Goldstücke, die lagern bei uns überhaupt nie lange und jetzt erst recht nicht. Seid froh, daß noch so viel da ist, daß es zum Leben langt; wie ich froh bin, daß ich das noch schaffen kann. Und da und da braucht Ihr auch nicht hinzugehen. Das sind alles Leute, bei denen auch Goldstücke keine lange Liegezeit haben.“

Und meine Vuben waren still, setzten sich hin und machten ihre Schularbeiten.

Die Niederbarnimer Genossen und ihr Reichstagsabgeordneter.

23 Jahre sind es her, daß der Kreis Niederbarnim einen Vertreter der Sozialdemokratie in den Reichstag sandte. Nach einer alle Kräfte aufs äußerste anspannenden Agitationsarbeit gelang es in der Stichwahl am 1. März 1890, den freisozialistischen Kandidaten aus dem Sattel zu heben und dem sozialdemokratischen Kandidaten den Sieg zu verschaffen. Seit dieser Zeit ist der Kreis Niederbarnim eiserner Besitzstand der Partei, und Genosse Artur Stadthagen, der damals Gewählte, hat den Kreis 25 Jahre ununterbrochen im Reichstag vertreten. Zwar ist die letzte Zeit zu feiern nicht angehen, allein unsere Niederbarnimer Genossen glaubten doch, diesen Zeitabschnitt und zugleich das Parlamentarismus ihres Abgeordneten nicht ganz lang- und langlos vorübergehen lassen zu sollen. Und so hatten sie zu Sonntag eine Zahl tätiger Genossen des Kreises nach dem Café Bellevue in Stralau-Rummelsburg geladen, um in Gemeinschaft ihres Abgeordneten der Zeit vor 25 Jahren zu gedenken. Auch eine Anzahl Genossen, die vor 25 Jahren kräftig mitgewirkt hatten, waren der an sie gerichteten Einladung gefolgt, und es war eine Freude, zu sehen, wie herzlich diese alten Kampfgenossen, die sich oft 15 und 20 Jahre nicht gesehen, sich die Hände schüttelten.

Nach einigen Begrüßungswörtern trat Genosse Paul Brühl an das Rednerpult und sprach zunächst einen Festprolog, der in Ernst und Scherz des Wilsen Stadthagens zum Ziel hatte und von den Genossen mit verständnisvollem Schmunzeln quittiert wurde. „Nun gibt es in Deutschland einen zweiten Kreis, wo der Abgeordnete und die Genossen, so fest und einig einander geschlossen, wie es in 25jähriger Frist der Fall von Niederbarnim ist“ war die Quintessenz des Prologs. Dann würdigte Genosse Brühl die Ereignisse vor 25 Jahren, darauf verweisend, wie große Opferwilligkeit damals von einer verhältnismäßig kleinen Zahl Genossen geleistet wurde, wie sie alles daran setzten, um der Sache vorwärts zu helfen. In lebhafter Weise schilderte Brühl die Wahlkämpfe, die Agitations- und Organisationsarbeit, welche die Genossen im Verein mit ihrem Abgeordneten durchgemacht haben, er erzählte von den Mühen und von der Kleinarbeit, an denen sich auch der Jubilar trotz seiner parlamentarischen und schriftstellerischen Tätigkeit stets beteiligt habe. Manches treffende Wort über den Kampf für unsere gerechte Sache wurde gesprochen, und weil es von Herzen kam, ging es auch zu Herzen und löste freundliche Zustimmung aus.

Genosse Stadthagen dankte. Er habe seinerzeit die Kandidatur angenommen in der Meinung, ein Jahrländchen zu sein. Das Wahlergebnis 1890 habe diese Meinung korrigiert. Stadthagen plauderte aus den Wahlerinnerungen von 90, erinnerte an die

Blumberger Schlacht am 1. März 90 und an die Art des damaligen Wahlkampfes, wie manche Verfolgungen strafrechtlicher Natur gegen ihn aus Anlaß der Wahl unternommen wurden, und kam zum Schluß, daß die Arbeiterklasse noch große Aufgaben zu lösen habe, die aber nur durch Klarheit und durch Geschlossenheit gelöst werden könnten. Und wieder stimmten die Genossen freudig zu. Der gefällige Quartett verfügte über prächtige Stimmen und gute Vortragweise. Genosse Falkenhan paradierte mit einer klaren reinen Bassstimme und rief die Zuhörer hin. Um den Abend zu beschließen, hatten Genossen aus dem Kreise sich zur Verfügung gestellt. Der den Dichtenberger Freunden bekannte Genosse Klem, jetzt in Chemnitz, war zur Feier eigens hergeeilt, setzte sich in feldgrauer Uniform ans Klavier, um seinen Freund Rüter-Karlshorst zu seinen der Stunde angemessenen volkstümlichen Gesangsvorträgen zu begleiten. Und alle, die an diesem Abend mitgewirkt hatten, konnten nur einmütiges Lob entgegennehmen für die angenehmen Stunden, die sie den Teilnehmern bereitet hatten. Die ganze Veranstaltung war von einer Herzlichkeit und echt parteigenösslichem Geist durchzogen, daß man seine Freude haben konnte. Die Stunden verflogen zu schnell und heim ging es in dem Bewußtsein, daß die Niederbarnimer Genossen es verstanden hatten, zu zeigen, wie Treue um Treue geübt wird und wie Parteiarbeit auch Anerkennung findet.

Ueber den städtischen Kartoffelverkauf

macht der Magistrat folgende Mitteilungen:
Der städtische Kartoffelverkauf setzte in der Woche vom 22. bis 28. Februar in den Markthallen in Mengen bis zu 30 Pfund, insgesamt 67 000 Zentner Kartoffeln an die Bevölkerung, ab d. i. unter Jugendbelegung einer Einwohnerzahl von 2 Millionen Menschen $\frac{3}{4}$ Pfund pro Kopf. In Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Teil der Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln auf längere Zeit versorgt ist, daß namentlich auch die Anstalten, Speisewirtschaften usw. ihre Kartoffeln von anderer Seite beziehen und daß auch in gewissem Umfange der freie Handel in der letzten Woche schon nicht unbedeutende Mengen Kartoffeln auf den Markt gebracht hat, ergibt sich ein ganz ungewöhnlich hohes Quantum. Es ist nur dadurch zu erklären, daß einmal das Publikum trotz der Beschränkung des Verkaufs auf ein Höchstquantum von 20 Pfund, durch mehrere Einkäufe eine größere Gewichtsmenge aus den städtischen Verkaufsstellen sich zu verschaffen wußte, und andererseits daraus, daß infolge völligen Versagens einer öffentlichen Versorgung der Vororte das Publikum aus diesen nach Berlin strömte, um an den Einrichtungen der Stadt Berlin teilzunehmen. In einzelnen Verkaufsstellen im Westen und Osten ist ungewisselhaft mehr an die Vorortbevölkerung als an diejenige Berlins verkauft worden. Insgesamt hat Berlin in den letzten Wochen in den Markthallen im Kleinverkauf 181 000 Zentner Kartoffeln abgesetzt. Wenn neuerdings auf Einrichtungen der Stadt Charlottenburg als nachahmenswertes Beispiel hingewiesen wird, so wird Berlin sich diesem Vorgehen schmerzlich anschließen können. Die Versorgung der Kleinhändler in Ladengeschäften mit Kartoffeln von der Stadt verbot sich in Berlin aus mehreren Gründen; einmal ist bei den großen Verhältnissen Berlins eine Kontrolle über die Innehaltung der Verkaufspreise überhaupt nicht möglich, wollte sodann aber Berlin, wie es in Charlottenburg geplant ist, den Verkauf auf einzelne private Läden beschränken, so würde der Anbruch zu diesem ein so starker gewesen sein, daß ungewisselhaft ein polizeiliches Einschreiten zu erwarten war, wie auch die Polizei den Verkauf in den Markthallen in den verflochtenen Tagen mehrfach hat schließen müssen. Endlich stand überhaupt nicht das nötige Futurwerk zur Verfügung, um das Abschneiden von den städtischen Gütern an eine größere Zahl von Verkaufsstellen zu bewirken. Es steht zu hoffen, daß alle bisher besagten Uebelstände in der nächsten Zeit durch stärkere Zufuhren des privaten Handels nach Berlin eine Abhilfe finden. In der zweiten Hälfte des Februar hat eine gewisse Knappheit an Kartoffeln in der Reichshauptstadt immer bestanden, da in dieser Zeit die Vorräte in den Lagerkellern zu Ende zu gehen pflegten und der Landwirt vor Beginn des Monats März die Kartoffelmieten nicht öffnen kann, da er anderenfalls wegen der Nachfröste ein Verderben befürchten muß.“

Wenn die letzte Bemerkung zutrifft, so dürfte sie die Aufhebung der Höchstpreise im Kleinhandel besonders charakterisieren. Denn dann würde diese Aufhebung nicht den Zweck erreichen, nämlich Kartoffeln zu beschaffen, allerdings zu höheren Preisen.

Im übrigen wird im Publikum nicht allein über die Kartoffelknappheit und Kartoffelsteuerung geklagt, sondern auch über die Qualität der Kartoffeln. Teuer und schlecht, dieser Wahrspruch kann auf die Kartoffeln angewendet werden. Die Hausfrauen klagen darüber, daß die Kartoffeln vielfach säcklich, fleckig und faulig sind, außerdem soll viel Schmutz mitgewogen werden, so daß in vielen Fällen der Abgang außerordentlich groß ist. Erst dieser Abgang zeigt, wie teuer heute schon der Genuß von Kartoffeln ist, und die Verfertiger billiger Kochrezepte tun gut, ihre Rezepte einer scharfsinnigen Revision zu unterziehen.

Interpellation zur Kartoffelnot.

Die sozialdemokratische Fraktion hat heute folgende Interpellation in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingebracht:

Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen, um auf dem hiesigen Kartoffelmarkt der großen Preissteigerung entgegenzuwirken, die, wie auch der preussische Ministerialerlaß vom 26. Februar d. J. anerkennt, zu einer Ausbeutung des Publikums geführt hat.

Neue Aufnahme der Mehlvorräte im Haushalt.

Auf Grund des § 36 der Bekanntmachungen des Bundesrates vom 25. Januar und 6. Februar 1915 wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde angeordnet:

Bei Gelegenheit der Renaugabe der Brotarten für die 3. bis 6. Woche (8. März bis 4. April 1915) hat jeder Haushaltungsvorstand auf dem ihm vom Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter vorzulegenden Formular nach Maßgabe des Aufdrucks anzugeben, wieviel Mehl sich am 4. März 1915 morgens in seinem Haushalt befindet. Diese Erklärungspflicht erstreckt sich auf Mehlmengen jeden Umfanges. Bäcker, Konditoren, Mehlhändler usw. haben ebenfalls die für ihren eigenen Haushalt bestimmten Vorräte anzugeben, nicht aber diejenigen, welche für ihren Gewerbebetrieb bestimmt sind.

Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter haben die Luistung vollständig und ausgefüllt spätestens am Montag, den 8. März 1915, in der Geschäftsstelle der zuständigen Brotkommission abzugeben.

Der diesen Vorschriften zuwiderhandelt, insbesondere die Angaben verweigert oder falsche Angaben macht, wird gemäß § 44 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Die Klageaufnahme des Gewerbegerichts ist nur noch in der Zeit von 12 bis 2 $\frac{1}{2}$ Uhr täglich geöffnet.

Echte Kameradschaft.

Die 5. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments 204 hatte in Erfahrung gebracht, daß es der Familie eines gefallenen Landsturmmannes aus Berlin recht traurig ginge, da eine größere Anzahl Kinder vorhanden waren. Der Feldwebel veranstaltete für die bedrängte Familie im Felde eine freiwillige Sammlung, an der sich alle Angehörige der Kompanie vom Offizier bis zum Gemeinen beteiligten und die 125 M. ergab. Der Betrag wurde der armen Frau sofort überhandt und die erste Not gelindert. Ein Akt echter Kameradschaft!

Merzestonkist in der Wilmersdorfer Landkrankenasse.

Die Wilmersdorfer Landkrankenasse hat den Vertrag mit dem Verband der Wilmersdorfer Ärzte ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt. Die Kasse begründet diese Maßnahme mit der Nichterfüllung der dem Ärzteverband obliegenden Verpflichtungen. Der Verband habe nicht genügend die kostenärztliche Tätigkeit seiner Mitglieder überwacht und es sei wegen der Verzögerung der Einzelleistungen zu Differenzen gekommen.

Der Ärzteverband teilte seinen Mitgliedern darauf mit, die Vertragsbestimmungen nach wie vor auf das genaueste zu beachten.

Ein neues Verbrechen des Lehrers Westphal.

Ein Raubmordversuch auf einen Rittmeister J. aus Wilmersdorf ist jetzt von der Kriminalpolizei aufklärt worden. Der Rittmeister wollte ein Gut kaufen und trat zu diesem Zweck mit dem Fabrikbesitzer Hoffmann in Verbindung, der ihm sein Gut Wänten bei Belgitz verkaufen wollte. Als beide eine Besichtigung des Gutes vornehmen wollten und J. unterwegs den Waldboden unterlief, schmeißte er plötzlich mit einem lauten Aufschrei empor und taumelte gegen einen Baum. Bald fühlte er, daß ihm Blut den Rücken hinab lief. Er glaubte einen Gehirnschlag erhalten zu haben. Hoffmann war sehr teilnahmsvoll und brachte den Kranken nach seiner in Berlin gelegenen Wohnung. Er entfernte sich dann, um einen Arzt zu befragen, der aber nicht kam. Ein später gerufener Arzt entdeckte dann statt des Gehirnchlages einen Radenschlag, der von einem stiletartigen Werkzeug herrührte. Hoffmann ließ sich aber nicht mehr sehen und war auch nicht zu ermitteln.

Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, diese dunkle Angelegenheit aufzuklären. Der Uebelsall erinnerte an die Ermordung des Gutbesizers Wilhelm Vobnsiedt, dessen Mörder der ehemalige Lehrer und Gutsvorwalter Willi Westphal ist, der jetzt im Untersuchungsgefängnis zu Schneidemühl seiner Aburteilung entgegensteht. Handchriftliche Briefe von Westphal und „Hoffmann“ waren vorhanden, und die Polizei stellte bald fest, daß Westphal auch die Briefe an den Rittmeister geschrieben hat. Der Rittmeister und einige andere Herren, mit denen „Hoffmann“ wegen des Gutsverkaufs in Verbindung trat, haben Westphal nach einer Photographie bereits erkannt. Westphal wird ihnen jetzt persönlich gegenübergestellt werden.

Der Charlottenburger Stadthaushaltsdetal.

Der diesjährige Etat wird von der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch verhandelt; er hat infolge der durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nach den getrockneten Grundzahlen aufgestellt werden können. Sämtliche Einzelteile sind als Kriegszustand betrachtet und ihre Anträge unter dem Gesichtspunkte eingeleitet worden, daß vor dem 1. Oktober 1916 der Frieden nicht zu erwarten ist. Von vornherein mußte mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Einnahmequellen gerechnet werden, bei der Einkommensteuer allein mit einem Ausfall von 1 477 000 M. Sehr erheblich sind auch hauptsächlich infolge der hohen Kohlenpreise die Reingewinnauffälle bei den Gaswerken und dem Elektrizitätswerk. Die Ueberschüsse bleiben hinter den Anträgen von 1914 um zusammen rund 1 270 000 M. zurück. Die Folge davon ist die Notwendigkeit, die Ausgaben einzusparen, soweit es sich um wünschenswerte aber nicht unbedingt notwendige Ausgaben und Einrichtungen handelt. Im einzelnen sei bemerkt, daß die Einnahmen aus Schulgeldern um 14 735 M. niedriger angesetzt sind, weil im Jahre 1915 mit einem geringeren Besuch der höheren Lehranstalten gerechnet werden muß. Die Walschulen, und zwar sowohl für die Kinder höherer Lehranstalten als auch für Volksschüler sollen infolge des Krieges geschlossen bleiben. Der Etat der Armenverwaltung erfordert infolge der teilweisen Entlastung der Armenpflege durch die Leistungen der Unterstützungscommissionen einen um 108 000 M. geringeren Zuschuß für bare Unterstützungen konnten allein 40 000 Mark weniger angesetzt werden. Um die Volksgesundheitspflege, insbesondere die Säuglingsfürsorge in dem durch den Kriegszustand gebotenen Maße durchführen zu können, sind diesem Zweck 190 000 M. aus vorhandenen Sparpostenüberschüssen zugewiesen worden. Weniger Ausgaben erwachsen unter anderem aus Ersparnissen bei Befolgungen infolge Endergebnissen zum Gesundheitsdienst und aus der am 1. Oktober erfolgenden Uebernahme der Steuerverwaltung durch den Staat.

Durch den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, der bekanntlich 140 Pros. betragen soll, entsteht eine Mehreinnahme von 1 101 820 M. Dagegen werden die Erträge der Umsatzsteuer um 400 000 M., der Grundsteuer um 55 400 M., der Gewerbesteuer um 50 000 M., der Warenhaussteuer um 75 000 M. und der Gewerbesteuer um 100 000 M. mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage geringer geschätzt. Im ganzen wird von den Gemeindefiscalverwaltungen ein Mehrüberschuß in Höhe von 526 720 M. erwartet.

Lebensmittelversorgung der Gemeinden.

Oberschnewelke. Unter Mitwirkung gab der Vorsitzende in der letzten Gemeindevorstandssitzung bekannt, daß die Gemeinde 2000 Zentner Roggenmehl und 200 Zentner Weizenmehl angekauft hat. Von diesen Vorräten sind bis jetzt 440 Zentner an hiesige Bäckermeister verausgabt worden. Bei Beginn des Krieges waren 1700 Zentner Kartoffeln angekauft worden, die bei eintretender Knappheit an die Einwohner zu billigen Preisen abgegeben werden sollten. In den vorangegangenen Wochen sind nun diese Bestände fast vollständig geräumt worden, doch dürften bei frostfreier Witterung weitere tausend Zentner Kartoffeln unter günstigen Umständen eintreffen. Gemäß der Bundesratsverordnung über Versorgung der Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern mit Fleischwaren schläg die Verwaltung vor, für diesen Zweck 375 000 M. zu bewilligen. Bei dieser Gelegenheit fragte Gen. K a m e r a d e an, ob es wahr sei, daß größere Quantitäten Kartoffeln durch ungünstige Lagerung verborben wären. Der Gemeindevorstand entgegnete, daß die nicht einwandfreien Kartoffeln dem Verkäufer zur Verfügung gestellt worden seien. Von unseren Mehlern wurde betont, daß es nicht zweckmäßig sei, die Beschaffung der Lebensmittel einer einzelnen Person zu übertragen: es müßten Sachverständige hinzugezogen werden.

In Zeichen des Burgfriedens stand die Wahl eines Abgeordneten zum Kreisrat. An Stelle des ausgeschiedenen Gen. R u d w i n wurde Gen. S c h w a r z b u r g e r gewählt. — Das Angebot eines Einwohners, der Gemeinde 200 000 M. zu 5% Proz. bei vollem Gelde zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen. Die Rechnungs-Revisionskommission erstattete Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1914, woraus hervorging, daß ein U e b e r s c h u ß v a n 1 8 0 4 6 0 M. erzielt worden sei, davon allerdings 58 451 M. Ausgaben. Eine größere Summe des Ueberschusses soll dem Sanitätsfonds überwiesen und ein anderer Teil für Feuerdrückungen reserviert werden. Für einen Rekrutenwagen wurden 100 M. bewilligt, dagegen ein Beitrag für ein Krügerheim auf Burg Gartenstein mit dem Hinterrück für Feuerdrückungen wurde private Gründung handte. Der letzte Punkt der Tagesordnung war die Beschlußfassung über die Aenderung der Straßennamen von Lichtenberg nach Oberschnewelke. Drei Anträge legen hierzu

ber. Ersten, die Bahn durch die Nummelsburger Straße, Edisonstraße nach Copenick, und als dritter Borslag Nummelsburger Straße - Baitstraße - Siemensstraße - Wilhelmstraße nach Copenick. Nach längerer Debatte entschied sich die Gemeindevertretung für die letztere Vorführung, da sie für die Erschließung des westlichen Ortsteils am geeignetsten sei.

Schöneberg. Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung, durch die zuständige Deputation größere Mengen Kartoffeln, aber nur zu mäßigen Preisen aufzukaufen. Ferner wurde beschlossen, eine Petition an den Bundesrat zu richten, in der die Bestandaufnahme der Kartoffelvorräte und die Gründung einer Kartoffelverteilungsgesellschaft, ähnlich der Kriegsgewinnbegrenzungsgesellschaft, verlangt wird.

Friedrichsfelde. In drei Sitzungen beschäftigte sich die Gemeindevertretung im vergangenen Monat mit der Frage der Lebensmittelversorgung. Die Untersuchungskommission des Kriegsaussschusses beantragte in der ersten Sitzung, für diesen Zweck 120 000 M. bereitstellen. Die Notwendigkeit, daß etwas geschieden müsse, wurde von allen Seiten anerkannt, zunächst aber Verlangung der Angelegenheit beschlossen. In der zweiten Sitzung stellte man fest, daß infolge der Abzug der Kriegsteilnehmer nur noch circa 20 000 Einwohner behielten, und man glaubte jetzt mit 50 000 M. auszukommen. Inzwischen erschien der bekannte Ministerialrat, der bestimmte, daß für die Versorgung mit Fleischwaren bis zu 15 M. pro Kopf der Bevölkerung angelegt werden sollten. Zum dritten Male wurde über die Sache verhandelt. Nach den Reden der Bürgerlichen hielt überhaupt keine Veranlassung vor, Lebensmittel zu beschaffen. Die Arbeiter bedürfen ungeheurer viel Geld, und Lebensmittel sind in Deutschland zum Lebenskampf vorhanden. Inzwischen hat aber den Kriegsunterstützung die Behandlung der Angelegenheit doch zu hant geworden und er legte sein Amt nieder. Die Gemeindevertretung wählte einen neuen Ausschuss, der jetzt 300 000 M. zur Beschaffung von Fleischwaren forderte. Der Gemeindevorstand beantragte nur 80 000 M. zu bewilligen. Da sich im Laufe der Debatte herausstellte, daß der Antrag des Ausschusses keine Aussicht auf Annahme hatte, wurde ein Vermittlungsantrag auf Bewilligung von 150 000 M. eingebracht. Aber auch dieser wurde abgelehnt, trotzdem unsere Vertreter eingehend auf die Schwierigkeit der Beschaffung verschiedener Lebensmittel hinwiesen. Schließlich wurde der Antrag des Gemeindevorstandes angenommen. Für die ersten beiden Anträge hatten auch unsere Vertreter gestimmt. Bei dem dritten enthielten sie sich der Zustimmung, weil sie die geforderte Summe für gänzlich ungenügend hielten. Diese letzte Abstimmung veranlaßte den Bürgermeister zu der Bemerkung, daß die Herren, womit die Sozialdemokraten gemeint waren, für diesen Zweck gar nichts übrig hätten. Unsere Vertreter antworteten mit einem scharfen Protest auf diese Provokation des Bürgermeisters.

Tempelhof. In einer von 750 Frauen unterzeichneten Petition wurden Gemeindevorstand und Gemeindevertretung ersucht, umgehend größere Quantitäten von Kartoffeln zu beschaffen und diese in kleinen Mengen an die Konsumenten abzugeben. Die Petition wurde dadurch veranlaßt, daß tagelang im Detailhandel überhaupt keine Kartoffeln zu haben waren und von der Gemeinde nichts zur Behebung dieses Mangelzustandes getan wurde. Schon bei Beginn des Krieges hatten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf die eintretende Steigerung der Lebensmittelpreise aufmerksam gemacht und den Ankauf von Kartoffeln und Hülsenfrüchten durch die Gemeinden gefordert. Diesem Wunsch ist nicht entsprochen worden. Wenn jetzt höhere Preise gezahlt werden müssen, so ist das zum Teil auf den damals unterlassenen Einkauf der Gemeindevertretung zurückzuführen.

Bernau. Zur Anschaffung von Dauerwaren bewilligte die Versammlung 17 000 M. Außerdem soll noch für Anschaffung von Schmalz Sorge getragen werden.

Kochkurse in Lichterfelde.

Die Gemeinde Lichterfelde hat seit kurzem Kochkurse eingerichtet, in denen Frauen aller Bevölkerungsschichten in der neuen Küchenpraxis unterwiesen werden, die der Krieg durch die Absperrung unserer Lebensmittelzufuhr uns aufzwingt. Jeder Kochkurs dauert drei Wochen und findet an zwei aufeinander folgenden Abenden jeder Woche statt. Bis jetzt sind 125 Anmeldungen eingegangen. Am Dienstag, den 2. März, abends 7 Uhr, beginnt ein hauptsächlich für die Arbeiterfrauen des Hindenburgbundes und des angrenzenden Ortsteiles berechneter Kochkurs, den die Genossin Marie Kunert in der Küche des Lokals „Birkenwäldchen“, Gellenstraße, leiten wird. Die Gebühr beträgt für den Kursus von sechs Abenden 50 Pf. Die in den Kochkursen hergestellten Speisen werden von den Teilnehmerinnen verzehrt. Mitzubringen sind eine Küchenbürste, ein Küchenschwamm, Löffel und ein Teelöffel. Die Anmeldungen müssen vorher schriftlich erfolgen entweder bei Frau Kunert, Berliner Str. 150, oder bei Frau Marie Kunert, Moonstr. 24.

Gemeindevertreterwahlen in Nowawes.

Die Wahlen zur Ergänzung der Gemeindevertretung von Nowawes sind auf den 8. und 9. März d. Js. angesetzt. Für die Wahlung findet die Wahl am Montag, den 8. März, von 6 bis 8 Uhr abends statt, und zwar in folgenden Bezirken und Lokalen: 2. Wahlbezirk: Fortbildungsschule, Mittelstr. 2, parterre rechts; 4. Wahlbezirk: Gemeindefaal (Gemeindefaule 4), Schornhorststr. 1. Zu wählen sind auf die Dauer von 6 Jahren im 2. Bezirk ein Gemeindeverordneter, der Nichtangehöriger sein kann, im 4. Bezirk ein solcher, der Angehöriger sein muß. Der Wahlverein hat beschlossen, sich nur an der Wahl für die 2. Abteilung, die bisher ausschließlich in unserm Bezirk war, zu beteiligen und folgende Kandidaten aufgestellt: im 2. Bezirk (1453 Wähler) an Stelle des Genossen Feller den Gemeindefauleitenden Dietrich Osmar, im 4. Bezirk (1270 Wähler) den bisherigen, augenblicklich im Felde weilenden, Gemeindeverordneten Gastwirt Hermann Fabel.

Kleine Nachrichten. Gestern morgen sprang der 43jährige Apotheker A. Janowski in einem Anfälle geistiger Verwirrung aus dem Fenster seiner im 4. Stock des Hauses Planufer 33 gelegenen Wohnung. Er fiel so unglücklich, daß er zunächst von dem Witter des Vororgans aufgespießt wurde und dann leblos auf den Bürgersteig hinabfiel. — Den Tod im Wasser fand Sonntag abend ein Mann, der am Behanienufer in den Luisenstädtischen Kanal sprang. Der Ertrunkene ist etwa 40 Jahre alt. Nach einem Anfall, den man bei ihm fand, scheint er ein Arbeiter Rudolf Schwarz aus der Krautstraße zu sein. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. — Auf der Fahrt nach der Fürsorgeanstalt ist der 16jährige B. aus dem Zuge gesprungen und so schwer verletzt worden, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Kursus Kriegsgeschichte wird heute fortgesetzt. Am Sonntag, den 8. Februar, ist im Schulraum ein Schirm zurückgelassen. Der Eigentümer möge sich im Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, melden. Geöffnet täglich von 9-5 Uhr.

Radrennen im Sportpalast, 28. Februar.

Die vom Deutschen Rennfahrerverbande veranstalteten Wohltätigkeitsradrennen wiesen wieder einen sehr guten Besuch auf. Das Drei-Stunden-Mannschaftsfahren, das am 21. Februar infolge Mißverständnisses nicht den erwarteten Verlauf nahm und das als Herausforderungrennen der

Mannschaft Ritt-Stellbrint die Hauptnummer der Veranstaltung bildete, hatte nicht verfehlt, eine rege Anziehungskraft auszuüben, denn dicht gedrängt umgaben die Zuschauer die Bahn, um Zeugen des spannenden Kampfes zu sein, der diesmal den erwarteten Verlauf nahm, denn die Mannschaft Ritt-Stellbrint ging aus dem harten Kampf als Sieger hervor. Um einem ähnlichen Irrtum vorzubeugen, hatte man die Einrichtung getroffen, daß die Hauptereignisse, so der Beginn der letzten zehn Runden des Rennens, nicht durch Glockenzeichen, sondern durch einen Schuß angezeigt wurden. — Die Rennen verliefen ohne wesentlichen Unfall wie folgt:

Hauptfahren. 1600 Meter, 30, 25, 10 M. 1. Vorlauf: 1. Behrend, 2. Hoffmann, 3. Lehmer; nicht placiert Grünberg. 2. Vorlauf: 1. Hänsler, 2. R. Müller, 3. Winkler. Endlauf: 1. Hoffmann, 2. Behrend, 1. 2. 3. Hänsler; nicht placiert R. Müller. **Befolgungswettrennen.** 120 M. 1. Mannschaft: Fritz Bauer, Karl Wittig, Emil Jander; 2. Mannschaft: Bruno Wehly, Richard Weile, Paul Sauer.

Prämienfahren. 5000 Meter, 25, 15, 10, 5 M., außerdem dem Ersten jeder dritten Runde 3 M. 1. Lehmer, 2. Bause, 3. Wehly, 4. Gahler. **Prämien gewonnen** Wehly 3, Bause 2, Karas 2, Hiltebrandt 1.

Auscheidungsfahren. 20, 15, 10, 5 M. Der Letzte jeder Runde scheidet aus. 1. Grünberg, 2. Lenau, 3. Karas, 4. R. Müller. **Ausgeschiedene:** Wittenberg, Hiltebrandt, Reidel, Juchacz, Geremann, Rühl. **Zwei-Stunden-Mannschaftsfahren.** 300, 200, 100, 120, 100, 90, 70, 60, 50, 40 M. 1. Ritt-Stellbrint 79,840 Kilometer, 2. Lorenz-Saldow 1. 2. 3. Hoffmann-Gändler 2. 2. 1. Bauer-Wittig, 3. Lehmer-Schäpe, 6. Stabe-Bause, 7. Wehly-Weile, 8. Krustat-Peter, 9. Behrend-Winkler, 10. R. Müller-Rühl, 11. Jann-Zücker. Aufgegeben H. Krenn-Gahler. Vor dem Rennen gehen die Fahrer in Vorstellungsrunden, bei denen namentlich Ritt-Stellbrint mit lauten Parolen begrüßt werden. Punkt 9 Uhr beginnt das lange Rennen, zu dem 12 Fahrer antreten. Verschiedene ausgelegte Prämien beleben das Tempo. Es gewinnen eine Prämie von 15 und 5 M. über zehn Runden H. Hoffmann und Bauer, eine weitere in gleicher Höhe Saldow vor Stellbrint, eine Prämie von 10 M. holt sich Lorenz, desgl. Wittig vor Wehly, ferner Lorenz vor Lehmer. Verschiedene Vorzüge von Lorenz werden von Ritt abgewonnen. Es wird überhaupt sehr still gefahren. Krenn-Gahler werden nach dreierdreißigjähriger Fahrt übergeben und gehen aus. In der ersten Stunde werden 40,250 Kilometer zurückgelegt. Das Tempo blieb sehr lebhaft; Vordränge unternahm Lorenz, Ritt und Stabe. Kurz vor Schluss kam Jann zu Fall, der infolge dessen mit seinem Partner sich mit dem letzten Platz begnügen mußte. Ritt behauptete vor Lorenz die Spitze, die er sich nicht nehmen ließ, so daß er als Sieger über das Nebelband gehen konnte. Unter den Rängen des „Deutschland, Deutschland über alles“ fuhr er, mit Besatz überhäuft, seine Ehrenrunde.

Jugendweiche in Neukölln.

Am 28. März findet in beiden Jugendheimen (Kogalstraße 15 und Fuldstraße 50/56, Idealpforte) die Schulentlassungsfeier des Jugendaussschusses der Arbeiterkassen Neuköllns statt. Anmeldungen nehmen entgegen: Max Wendlandt, Barthestr. 58, Karl Graf, Donaustr. 129, und Genosse Jeller, Vorwärts-Expedition, Redarstr. 2. Näheres später.

Zeugen gesucht. Am 22. Februar, morgens 7 1/2 Uhr, wurde an der Ecke Kommandanten- und Traminstraße ein Mann von einem Militärautomobil überfahren. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse an A. Köhler, Neukölln, Jägerstraße 54, Hof IV, abzugeben.

Kinderveranstaltungen in Neukölln.

Wittmoos, den 3. März, Märchenvorlesungen im Karlsgarten und in den beiden Jugendheimen. — **Donnerstag,** Anfang 5 Uhr, Arbeitsstunden für Mädchen. — **Freitag,** Anfang 4 Uhr, Arbeitsstunden für Knaben. — **Sonntag,** den 6. März, im Jugendheim, Kogalstraße 15, letzter Vortrag für die größeren Kinder, „Dante Alighieri“. Anfang 5 Uhr, Eintritt frei. — **Sonntag,** den 7. März, Anwesenheit im Exzellenz-Spielplatz, Bergstr. 151/152, unter Mitwirkung des gesamten Orchesters. Die Gelanternahme wird dem Spielplatz abverleitet. Anfang 5 Uhr, Eintritt für Kinder 5 Pf., Erwachsene 15 Pf. Bildnis sind zu haben im Bureau, Redarstr. 3, Vorwärts-Expedition, Siegfriedstraße, Buch, Schützenstr. 11. Brandt, Pflegerstraße, Ecke Raulenstraße, Gärtnerei, Wilmannsstr. 11.

Kunstabend der Stadtgemeinde Neukölln.

Dienstag, den 9. März, 1915, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde in der Aula der Realschule, hier, Vordnstr. 34-41, mit der Königl. preussischen Kammermalerin Frau Erna Demera, Mitglied des Königl. Opernhouses, unter Mitwirkung des Herrn Professor Mayer-Wahr einen Arien- und Liedabend. Zum Vortrage gelangen neben Werken von Richard Strauss, Meyer, d'Albert die Arie der Femele aus „Odyssens“ von Bruch und die Arie aus „Lida“ von Verdi. Außerdem wird Herr Professor Mayer-Wahr Klavierstücke von Chopin und Grieg zu Gehör bringen.

Für die Arbeiterjugend Berlin finden drei musikalische Einführungsabende statt. Erster Abend heute Dienstag 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums zum grauen Kloster, Klosterstr. 74, bestehend aus Streichtrio, Flötenquartett und Gesang. Einloßkarten 10 Pfennig.

Im Kinderhaus Blumenstr. 97 findet im März wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Übungen, wöchentlich einmal. Meldungen schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses.

Schwere Rauchvergiftungen und Brandwunden erlitten am Sonntagabend drei Kinder im Hause Friedrichsfelder Str. 6, wo bei dem Produzentenhändler Sterke Feuer ausgebrochen war. Daselbst wurde von eindringenden Privatpersonen gelöscht und die in der Wohnung allein anwesenden Kinder vor dem Tode des Verbrennens bewahrt. Ein Kind hatte so schwere Brandwunden erlitten, daß es nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte.

Zu dem Raub in der Kleinen Hamburger Straße wird mitgeteilt, daß die sofort ergriffenen Maßregeln der Kriminalpolizei bisher noch keinen Erfolg hatten. Auf die Mitteilungen in den Zeitungen meldeten sich zwar schon mehrere Leute, die den Verdacht auf diesen und jenen Mann mit Kratzenwunden lenkten. Die Vernehmungen der Verdächtigten ergaben jedoch bisher, daß alle ihr Alibi nachweisen konnten. Die Kriminalpolizei hat nunmehr die für zweckdienliche Mitteilungen aus dem Publikum ausgeschriebene Belohnung von 200 auf 500 M. erhöht.

Die Aufhebung der Hundesperre erfolgt am Montag, den 8. März, auch für den Stadtbezirk Köpenick, Teile des Gutsbezirks Grünau, Dahme-forst, Wliggerheim, für die Gutsbezirke Köpenick-forst, Schöneiche, Oberschöneiche, Friedrichshagen, Rahnsdorf und Klein-Schönebeck.

Eine Damenhandtasche ist am Sonntag, den 28. Februar, abends in Kellers Neuer Pöhlharmonie, Köpenicker Straße, zum Ballabend der Arbeiterjugend verloren gegangen. Abzugeben bei Frau Roth, Königgrüher Str. 109, Hof IV.

Kleine Nachrichten.

Sturm auf französische Schützengräben.

Der Bruder eines Solinger Parteigenossen schildert in einem Briefe einen Sturm auf französische Schützengräben: Wir haben am 25. bis zum 28. Januar morgens keine Ruhe gehabt. Unser Regiment hatte bei dem Angriff 40 Tote. Am 25. Januar, mittags 2 Uhr, ging der Kampf los. Von unserer Artillerie wurde zunächst eine unbeschreibliche Kanonade losgelassen. Es war ein Donnern und Krachen, als wolle die Welt untergehen. Wir, hinter denen die Kanonen ihre Schlände geöffnet hatten, waren von dem entsetzlichen Donner wie von Simen: Ein ununterbrochenes Surren von Granaten und Schrapnell (auch von feindlichen) erjnjerranteil berantio: Th. Gluck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

fällte die Luft. Es war entsetzlich. Ein Ausweichen vor feindlichen Geschossen gab's nicht mehr.

Sir standen und erwarteten das Kommando: Marsch, marsch! Die Kanonade dauerte bis nachmittags 5 1/2 Uhr. Dann setzte die Artillerie eine halbe Stunde aus und in dieser halben Stunde haben wir einen wirklich schneidigen Sturm auf die Gräben der Franzosen unternommen. Und wir bekamen sie in unsere Hände! Wohl selten ist eine feindliche Position mit solchem Heldennute und mit solcher Todesverachtung genommen worden!

Aber leider: Die armen Sachien haben furchtbare Verluste gehabt. Da lagen die frischen jungen Leute da, Mann an Mann, wie sie zuammien gekämpft hatten und gefallen waren. Das Herz krampte sich zusammen bei dem Anblick!

Wenn es bei uns so glücklicly weitergeht, dann werden wir ja ein frohes Wiedersehen feiern!

Seid' vielmal's gegrüßt von

Eurem Karl.

Wegen versuchten Mordes und Brandstiftung

hatte sich vor einigen Tagen das Dienstmädchen Johanna Schalat vor dem Königsberger Kriegsgericht zu verantworten. Die erst 17 Jahre alte Angeklagte unterhielt mit einem Soldaten von der Fliegertruppe ein Liebesverhältnis. Als die Angeklagte erfuhr, daß ihr Geliebter seine Gunst auch anderen Mädchen schenkte, beschloß sie, sich zu rächen. Sie schlüpfte in die Fliegerstation und zündete Stroh an, das sich in einem Anbau auf dem Dach befand. Die sie eingestiegen, war ihre Absicht, daß dabei die ganze Fliegerstation und ihr Geliebter mit verbrennen sollte. Das Feuer nahm keinen größeren Umfang an, da es bald entdeckt wurde, nur der Dachstuhl wurde zum Teil zerstört. Nachher kamen dem Mädchen Bedenken über die Folgen seiner Tat, so daß sie den Entschluß faßte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, und zwar durch Selbstverbrennen. Sie begab sich in einen Neubau und zündete hier lagernde Holzspäne an. Als ihr aber der beizende Qualen in die Augen drang, wurde ihr das Vorhaben leid. Sie ging zur Polizei und legte dort reumütig ein Geständnis ab. Die Folge war die Anklage wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung. Das Gericht berücksichtigte, daß die Angeklagte noch völlig unbescholten ist und große Reue über ihre unüberlegte Tat an den Tag legte. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis.

Am Prager!

Aus einer Bekanntmachung des Landrats des Kreises Neuhaldensleben ist, wie die „Magdeburger Volksstimme“ berichtet, zu entnehmen, daß der Landwirt August Braumann in Erntungen in der von ihm geforderten Anzeige keine Getreidevorräte auf 390 Zentner angegeben und dabei versichert hat, daß er diese Angabe nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Bei der vom Landrat angeordneten Nachprüfung der Getreidebestände ist der Gesamtbestand auf 991 Zentner festgestellt worden; Braumann hat demnach 601 Zentner verschwiegen. Dieser „Mangel“ sowohl an ehrlicherem als auch an patriotischer Bestimmung“ wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, wobei bemerkt wird, daß diese Pflichtverletzung selbstverständlich auch noch die gelegliche vorgeschriebene Sühne finden wird.

Parteiveranstaltungen.

2. Kreis-Jugendbektion. Wittmoos, den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die jugendlichen Genossen bei Wehle, Plan- u. Hof 76, einen Diskussionsabend.

Dritter Wahlkreis. Für die jugendlichen Mitglieder von 18 bis 21 Jahren findet am Donnerstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, ein Vortrag statt.

Vierter Wahlkreis, Jugendbektion. Wittmoos, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Ludwigs-geländen, Ludwigsstr. 21, eine Versammlung der jugendlichen Mitglieder über 18 Jahre statt. Vortrag des Redaktors Genossen Meyer über: „Schnitzholz und Imperialismus“.

Charlottenburg. Wittmoos, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im „Volksbau“, Kofenstr. 3, die Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Genossen Juchacz statt. Mitteilungs- und Diskussion.

Tempelhof. Wittmoos, den 3. d. M., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Wahlkreises im Genossenschaftshaus, Dorfstraße, statt. Referent: Genosse Fritz Juchacz und Dr. Dauter. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Röpenick. Der Bildungsausschuss veranstaltet im Monat März nachstehende Einzelsprechungen: Wittmoos, den 3. März; „Deutschlands auswärtige Politik“; Wittmoos, den 10. März; „Der Imperialismus in England“; Wittmoos, den 21. März; „Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Frankreich“; Wittmoos, den 31. März; „Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse der Balkanländer“. Die Vorträge beginnen abends 8 1/2 Uhr. Eintrittspreis für alle fünf Abende zusammen 10 Pf.

Sonntag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Stadt-Theater“ ein Diskussionsabend des Verbandes der freien Volksbühnen statt. Eintrittspreis 20 Pf.

Nowawes. Der Wahlkreis veranstaltet gemeinsam mit dem Gewerkschaftshaus Wittmoos, den 3. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den „Deutschen Geländen“, Ecke Friedrich- und Wilhelmstraße, eine öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Max Cohen, Neuhaldensleben, über „Unsere Ernährung während des Krieges“ sprechen wird.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Nieder-Schönhausen. Heute, nachmittags 6 Uhr; Sitzung im Rathaus.

Lichterberg. Donnerstag, den 4. d. M., nachm. 6 Uhr, im Rathaus, Wöllendorferstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählene ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 5, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Bescheid bezugslos. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeurteilung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

S. 23. 100. Wenn die Militärbehörde Sie für dienstfähig erachtet, wird sich wenig dagegen machen lassen. — **S. 23. 31.** Jungfernkranz; landsturmpflichtig. — **S. 23. 21.** Mit Ihren vielen Fragen müssen Sie schon in die Sprechstunde kommen. — **S. 29.** 1. Juridisch nicht wegen Fehler der größeren Genosse. 2. Bedenken Sie sich an das Kriegsmilitärministerium. 3. Wegen der Rückkunft werden Sie sich am besten an die Postbehörde. — **Silbergeld 1908.** Ein bestimmter Satz ist dafür generell nicht festgelegt. — **R. G. 100.** Nein. — **S. 2. 18.** Bei einem förmlichen Einkommensbericht findet ein Antrag auf Ermächtigung Berücksichtigung; bei 10 Wochen Arbeitslosigkeit tritt Befreiung für das Steuer-nierjahr ein. — **S. 26.** Der Wert kann zum Niederschlag nicht genommen werden. Mann und Frau hatten deshalb für den vollen Niederschlag. — **S. 27.** Wegen Erkrankung der Wundheilung dienstantunfähig. — **Neukölln, Februar 1915.** 1. Ja. 2. Auch die außer dem Hause Beschäftigten müssen angegeben werden; es handelt sich wahrscheinlich um die Steuerermäßigung. — **Else, Lichterberg.** Sie erhalten die Unterstützung von Lichterberg weilergehend. Ob Sie an Ihren neuen Wohnort Mietsunterstützung erhalten werden, ist zweifelhaft; helfen Sie aber dort sofort einen Antrag. Die Unterstützung wird übernommen. — **S. 11. 30.** — **Abonnet 1.** Wegen Herzfehler dienstantunfähig. Wenn Sie Erden erhalten, müssen Sie sich helfen. — **Weihenke 18.** Sie müssen wegen Ablehnung der Unterstützung beim Kreisamt nach Schlawe fahren. — **S. 23. 25.** Ihre Frage ist in der Sonnabend-Kammer schon beantwortet. — **S. 2. 175.** Nach § 11 des Erbschaftsteuergesetzes sind Legate für Personen, die in einem Arbeitsverhältnis zum Erblasser gestanden haben, bis zum Betrage von 500 M. steuerfrei. — **Biele.** 30.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.